:antifaschistische nachrichten

Nr. 21

g 3336 18.10.2012 28. jahrg./issn 0945-3946 1,50 €

www.antifaschistische-nachrichten.de

„Zwischentag" in Berlin

Berlin. Im Berliner Stadtteil Wilmersdorf fand am 6. Oktober der erste „Zwischentag" statt. Die als „Konservative Messe" bezeichnete Veranstaltung, an der sich u.a. zahlreiche einschlägige rechte Verlage, Publikationen und Vereinigungen beteiligten, wurde von der rassistischen Internetseite „PI-News" als ein „großer Vernetzungserfolg" der rechten Szene gefeiert. Nach Angaben der Veranstalter wurden 713 Messekarten verkauft. Auch das Begleitprogramm der ohne Gegenproteste durchgeführten Veranstaltung – zum Beispiel eine Podiumsdiskussion mit Michael Stürzenberger („Die Freiheit", „PI-News") und dem neurechten Publizisten Karlheinz Weißmann über das Feindbild Islam – fand regen Zuspruch. Es sei das erste Mal, so ein Kommentator, dass „alte Rechte, Neue Rechte, Islamkritiker und Rechtslibertäre" in dieser Form zusammengekommen seien. Ob es den „Zwischentag" in dieser Form weiterhin geben wird, entscheiden die Veranstalter zu einem späteren Zeitpunkt.

hma ■

„Heldengedenken"

Wunsiedel/Remagen. Neonazis wollen am 17. November im oberfränkischen Wunsiedel eine zentrale Demonstration „zum Gedenken an unsere Gefallenen des Ersten und Zweiten Weltkrieges" durchführen. Der Aufmarsch, für den u.a. das „Freie Netz Süd" mobilisiert, soll unter dem Motto „Tot sind nur jene, die vergessen werden!" um 12.30 Uhr beginnen.

Eine Woche später, am 24. November, wollen Neonazis wieder in Remagen, im Norden von Rheinland-Pfalz, aufmarschieren. Unter dem Motto „Eine Million Tote rufen zur Tat" mobilisieren „Freie Kräfte im Rheinland" nach Remagen. Beginnen soll der Aufmarsch, der u.a. von der Internetseite der „AG Rheinland" beworben wird, um 12 Uhr am Remagener Bahnhof.

hma ■

Spendet für die Antifaschistischen Nachrichten!

Spendenstand, 15.10.2012:
850,– Euro
BLZ: 370 100 50, Postbank Köln
Kto: 104 19 507



Photo: nd/Fabian Köhler

Flüchtlings-Marsch erreichte Berlin

Der Flüchtlingsmarsch aus Würzburg ist am vergangenen Wochenende in Berlin angekommen. Rund 30 Flüchtlinge waren Anfang September losmarschiert, doch unterwegs stießen immer wieder Unterstützer hinzu. Nach 28 Tagen und fast 600 Kilometern Fußweg erreichten rund 80 Flüchtlinge und Unterstützer/innen ihr Ziel. Houmer Hedajatzadeh, iranischer Flüchtling aus Regensburg, ist einer der Sprecher des Flüchtlingsprotestmarschs nach Berlin. Über die Motive und Ziele des Flüchtlingsmarsches sagt er in einem Interview gegenüber der „Jungen Welt": „Wir sind diese 600 Kilometer gelaufen, um die Gesetze zu brechen. Wir haben sowohl die Residenzpflicht verletzt, die unsere Bewegungsfreiheit auf Landkreise einschränkt, als auch die Pflicht, uns in den Lagern aufzuhalten. Ziel unseres Protestes war, den Inhalt dieser diskriminierenden Sondergesetze, mit denen man uns Flüchtlingen in Deutschland das Leben schwer macht, der Öffentlichkeit bekannt zu machen. Das haben wir geschafft! … Wir wissen nie, was morgen ist, weil wir nicht arbeiten dürfen, wenig Geld erhalten und keine Zukunftsperspektive entwickeln können. Im Hintergrund lauert stets die Drohung der Abschiebung. Dass man uns mitten in der Nacht verhaftet und uns wie Verbrecher ins Gefängnis steckt oder von der Polizei außer Landes schaffen lässt. Wir fordern ein selbstbestimmtes Leben in Würde und die Abschaffung aller Sondergesetze, die uns ausgrenzen." (jw 5.10.2012)

Der Fußmarsch war nach dem Hungerstreik in Würzburg im März 2012 eine weitere medienwirksame Aktion der Flüchtlinge in ihrem Kampf um bessere Lebensbedingungen. Sie wollen weitermachen, bis die Residenzpflicht, der erzwungene Lageraufenthalt und die unmenschliche Abschiebepolitik abgeschafft sind. Die Deutschen fordern sie auf, die Flüchtlingslager an Ort und Stelle zu besuchen. „Wir wollen, dass Deutsche uns wahrnehmen und direkte Beziehung zu uns aufnehmen. Denn die Gesetze der Residenz- und Lagerpflicht sind aus unserer Sicht eigens dazu gemacht, um uns von der Bevölkerung zu isolieren. Das wollen wir durchbrechen." 1)

PRO ASYL und der Flüchtlingsrat Berlin teilen die Forderung der Flüchtlinge nach Abschaffung der diskriminierenden Sondergesetze. PRO ASYL unterstützt den Protest der Flüchtlinge auch finanziell. Weitere Geld- und Sachspenden sowie tatkräftige Hilfe sind erforderlich.

Georg Classen, Sprecher des Flüchtlingsrats Berlin: „Der Protestmarsch ist ein mutiges Zeichen gegen die Ausgrenzung, Isolierung und Entrechtung von Flüchtlingen in Deutschland. Die Flüchtlinge organisieren sich selbst und fordern, was ihnen zusteht: ein selbstbestimmtes und gleichberechtigtes Leben in Sicherheit und Würde. Dies unterstützen wir nach Kräften." 2)

Zur zentralen Abschlussdemonstration des Marsches am 13. Oktober kamen nach Angaben der Veranstalter mit 5000 Menschen viel mehr als erwartete.

Quelle:
1) Flüchtlingsrat Niedersachsen 8.10.2012
2) Flüchtlingsrat Berlin - Pressestelle PRO ASYL 4. Oktober 2012

Erneuter Strafbefehl

Regensburg/Stuttgart. Das Amtsgericht Regensburg hat erneut einen Strafbefehl wegen „Volksverhetzung“ gegen Richard Williamson, Bischof der rechtsgewirkten „Priesterbruderschaft St. Pius X.“, erlassen. Williamson soll eine Geldstrafe in Höhe von 100 Tagessätzen zahlen, weil er 2008 den Mord an sechs Millionen Juden durch die Nazis und die Existenz von Gaskammern bestritten hatte. Williamsons Anwalt kündigte einen erneuten Einspruch gegen den Strafbefehl an. Unterdessen stocken die Gespräche des Vatikans mit der abtrünnigen Priesterbruderschaft. „Diese Bruderschaft ist für uns kein Verhandlungspartner, weil es über den Glauben keine Verhandlungen gibt“, äußerte der neue Präfekt der katholischen Glaubenskongregation, Erzbischof Gerhard Ludwig Müller, gegenüber dem NDR. „Wir können den katholischen Glauben nicht den Verhandlungen preisgeben. Da gibt es keine Kompromisse“, so Müller. Der Priesterbruderschaft liege eine Erklärung vor, die sie zu akzeptieren habe, betonte Müller. „Ich glaube, es gibt jetzt keine neuen Gespräche mehr“. *hma* ■

Rechtsradikale Attacke in Bergedorf

Hamburg. Die Reizgasattacke eines rechtsradikalen Attentäters auf polnische Ehrengäste in Hamburg-Bergedorf während der Enthüllung eines Mahnmals zur Erinnerung an die Leiden der zur Zwangsarbeit Verschleppten hat die Gefahr von rechts wieder einmal öffentlich gemacht. Die attackierten Gäste, ehemalige Zwangarbeiter_innen, sind nach einem kurzen Kranken-hausaufenthalt in ihre Heimat zurückgekehrt. Der Attentäter wird psychiatrisch behandelt. Von Scham und Schande wird in den Medien gesprochen. Wir empfinden Wut und Zorn. Und manchmal auch Verzweiflung.

Seit Wochen aber hören wir von rechtsradikalen oder rassistischen Anschlägen wie kürzlich in Berlin, in Lüneburg, auf Menschen, Gedenkstätten und jüdische Friedhöfe – und jetzt auch in Bergedorf.

Und was passiert hierzulande? Wir sind sehr besorgt über Entscheidungen verschiedener Städte, antifaschistischen Protest zu erschweren wie in Hamburg am 2. Juni, oder sogar unmöglich zu machen; ein trauriges Beispiel setzte hier kürzlich die Stadt Dortmund. (Die Stadt Dortmund hatte im Rahmen der Proteste gegen den von Neonazis so genannten Antikriegstag am 1.9. in Dortmund ein Antifaschistisches Camp verboten. Red.) Auch die unzureichende, schleppende Aufklärung der Morde der rechten Terrorzelle NSU mit all den Ermittlungsskandalen im Umfeld um die Rolle des Verfassungsschutzes reißt alte Wunden wieder auf.

Esther Bejarano, Überlebende der Konzentrationslager Auschwitz und Ravensbrück und Vorsitzende des Auschwitz-Komitees sagt dazu: „Ich frage mich, ob ich mich in diesem Land noch sicher fühlen kann, in dem Neonazis ihre menschenverachtende Politik ausleben können mit gewaltsamen Angriffen gegen friedfertige Menschen. Ich fühle mich bedroht und bin sehr besorgt über die Entwicklung und von der Regierung in meiner Befürchtung allein gelassen.“

Und die Hamburgerin Steffi Wittenberg, die als jüdisches Kind in der Emigration überlebte: „Ich bin entsetzt – sich in das Unrecht der Vergangenheit hineinzuversetzen reicht nicht. Die Gegenwart holt uns ein und wird immer bedrohlicher.“

Der Vertrauensverlust in demokratische Zustände ist kaum zu ermessen. Es ist höchste Zeit zu handeln, rechte Strukturen zu zerschlagen, die NPD und NS-Nachfolgeorganisationen zu verbieten. Endlich.

Erklärung vom Auschwitz-Komitees am 26.9.2012 ■

Europawahl: Pro Deutschland kündigt Provokationen an

Hamburg. Obwohl die nächste Europawahl erst 2014 stattfindet, hat die rechtsextreme Pro Deutschland-Bewegung schon einmal ihre Kandidatur angekündigt. Zu ihrer Wahlkampfstrategie werden wieder Kundgebungen gehören, deren einziges Ziel es ist, durch Provokationen in die Presse zu kommen. Gerade hat Pro NRW eine solche Kampagne durchgeführt, bei der in verschiedenen Städten die sog. „Mohammed-Karikaturen“ gezeigt wurden. Das Tohuwabohu bei diesen Kundgebungen sicherte ihnen reichliche, wenn auch negative Berichterstattung. Dieses Konzept hat die Partei für mehrere Städte angekündigt, darunter auch ausdrücklich für Hamburg (Antif. Nachrichten,17/12, S. 16).

Neben ihrem Schwerpunkt „Hetze gegen Moslems“ soll der Europa-Wahlkampf sich v.a. gegen die sog. Euro-Rettung richten. Offenbar hoffen die ParteistrategInnen etliche der zahlreichen kleinen Grüppchen, die sich ebenfalls diesem Thema verschrieben haben, aufsaugen zu können. Genug rechte Gesinnung findet sich dort allemal. Jedenfalls bietet der Pro-Vorsitzende Manfred Rouhs „allen Euro- und ESM-kritischen Parteien und Organisationen die Möglichkeit (an) einen Beitrag dazu zu leisten, dass deren vielfältige Aktivitäten endlich parlamentarisch wirksam werden“ (pro deutschland online).

Bei ihren bisherigen Auftritten stand den Pro-RassistInnen immer eine weit größere Anzahl ihrer GegnerInnen gegenüber, so dass ihre Außenwirkung desaströs ausfiel. Diesen Empfang sollten wir der Pro auch in Hamburg bereiten! *F* ■

Staatsanwaltschaft lässt nicht locker

Dresden. Seit dem 10. Oktober muss sich der LINKE-Landtagsabgeordnete André Hahn vor dem Dresdner Amtsgericht wegen eines Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz verantworten. Er soll im Februar 2010 zusammen mit mehr als 10 000 Menschen einen Aufmarsch von mehreren tausend Nazis aus dem In- und Ausland verhindert haben. Der Prozess war notwendig geworden, nachdem der ehemalige Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Sächsischen Landtag gegen einen Strafbefehl in Höhe von 3 000 Euro in Wider-



spruch gegangen war. In seiner vor Gericht vorgelesenen 17-seitigen Stellungnahme warf er der ermittelnden Staatsanwaltschaft vor, ihm einen politischen Prozess machen zu wollen.

Mehr als zweieinhalb Jahre nach den erfolgreichen Massenblockaden tausender Menschen rund um den Neustädter Bahnhof sind die Strafverfahren gegen zahlreiche Menschen inzwischen zum großen Teil gegen die Zahlung einer Geldbuße eingestellt worden. Nicht jedoch gegen einige der an den Blockaden beteiligten LINKEN-Politikerinnen und Politiker. DIE LINKE hatte am 13. Februar 2010 eine der möglichen Routen mit einer „öffentlichen Fraktionssitzung“ blockiert. Der für den 10.10. angesetzte Prozess gegen André Hahn wurde nach einer kurzen Anhörung und zahlreichen Beweisanträgen der Verteidigung auf den 23. Oktober vertagt.

Ein ähnliches Verfahren gegen die Grüne Landtagsabgeordnete Eva Jähnigen, die sich an den Blockaden im darauf folgenden Jahr beteiligt haben soll, war erst vor wenigen Tagen eingestellt worden. Als Grund für die Einstellung gab die Staatsanwaltschaft an, dass sich Jähnigen „nur kurzzeitig und nicht maßgeblich an der Blockade beteiligt“ habe. Zuvor hatte die Abgeordnete die Aufhebung ihrer Immunität als Landtagsabgeordnete und eine

Einstellung unter Zahlung einer Geldbuße mit der Begründung abgelehnt, dass sie in ihrer Funktion als Polizeibeobachterin „stets das Gespräch mit Polizeibediensteten gesucht und keine eigenen Aktivitäten unternommen [habe], die eine angemeldete Versammlung gestört hätten". Dennoch zeigte sie sich verwundert, „dass die Staatsanwaltschaft Dresden die Blockierer des 19. Februars 2011 mit zweierlei Maß misst".

Der LINKEN-Politiker Rico Gebhardt bezeichnete den Prozess gegen Hahn als „Anachronismus" der das „Ansehen Sachsens" beschädige und forderte die Einstellung aller Verfahren gegen jene Menschen, die sich mit ihrem „friedlichen couragierten Eintreten" den Nazis entgegengestellten und damit einen der größten Naziaufmärsche zum ersten Mal verhindert hatten. Bereits vor einem Jahr hatte der Geschäftsordnungs- und Immunitätsausschuss im Sächsischen Landtag einer Aufhebung seiner Immunität mit den Stimmen der NPD zugestimmt. Auch ein Verfahren gegen den Abgeordneten Falk Neubert (DIE LINKE) wird nach der Aufhebung seiner Immunität Ende September immer wahrscheinlicher. Neubert soll sich im Februar 2011 gemeinsam mit hunderten anderen Menschen an einer Sitzblockade hinter dem Hauptbahnhof beteiligt haben. Erst ein Jahr nach dem Vorfall hatte die für das Verfahren zuständige Dresdner Staatsanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren gegen den 38-jährigen Politiker eingeleitet.

addn.me 11.10.2012
http://www.addn.me ■

Antifaschismus statt Patriotismus

München. Am 2. und 3. Oktober wurden dieses Jahr in München die alljährlichen Feierlichkeiten zum Tag der Deutschen Einheit ausgerichtet. Unter dem Motto „Gemeinsam Feiern im Freistaat Bayern" fand zu Ehren Deutschlands und der Wiedervereinigung ein riesiges Fest mit Gottesdienst, Festakt, mehreren Konzerten und Shows statt. „Die Grüne Jugend München sieht dieses ‚Deutschlandfest in weiß-blau', wie es auf der Homepage zum Tag der Deutschen Einheit genannt wird, kritisch und lehnt das patriotische Fähnchenschwenken zum deutschen Nationalfeiertag ab", meint Jamila Schäfer, Sprecherin der Grünen Jugend München. „Der in diesem Zuge zum Ausdruck gebrachte Vaterlandsstolz, geht in der Regel Hand in Hand mit gefährlichen, nationalistischen Gefühlen. Auch der so genannte Party-Patriotismus birgt durch die übermäßige Identifikation mit der eigenen Nation immer die Gefahr, Fremdenhass und Rassismus zu schüren und andere Menschen abzuwerten." Dominik Krause, Sprecher der Grünen Jugend München fügt hinzu: „Wir freuen uns natürlich darüber, dass die Menschen aus der ehemaligen DDR seit dem 3. Oktober 1990 in einer Demokratie und nicht mehr in einem diktatorischen Regime leben können. Die Schlussfolgerung daraus sollte jedoch sein, vor Faschismus zu warnen, anstatt sich selbst und Patriotismus zu feiern. Wir schlagen deswegen stattdessen die Einführung eines antifaschistischen Feiertags vor."

Lokalberichte München
www.gjm.de/ ■

Nazi-Provokation mit Hindernissen

München. 2.10.12. Viel war es nicht, was Karl Richter (NPD) unter dem etwas holprigen Motto „Bewegt München – München bewegt" am vergangenen Samstag auf die Beine brachte. Keine 15 Neonazis brachte die rassistische „Bürgerinitiative Ausländerstopp" zur Ochsentour mit sieben Stationen. Wie schon in der Vergangenheit versuchten Richter und Co. auch dieses Mal, durch mehrere, kurzfristig angemeldete Kundgebungen den zu erwartenden Widerstand klein zu halten - ohne Erfolg.

Die „BIA" begann ihre Reise „gegen linke Gewalt und Ausländerkriminalität" beim Amt für Migration an der Boschetsriederstraße und sah sich schon dort mit einer großen Anzahl Antifaschist_innen konfrontiert. Von der rassistischen Hetze bekam außer der Handvoll Neonazis niemand etwas mit.

Die Nazigegner_innen zogen nach Beendigung zur zweiten Station, dem selbstverwalteten Zentrum „Kafe Marat", gegen das Münchner Neonazis und Rechtspopulist_innen schon länger hetzen. Hier ließ die BIA gegen „linke Gewalttäter" ausgerechnet den als Rechtsterroristen verurteilten Markt-Schwabener Karl-Heinz Statzberger sprechen. Doch auch hier waren die Antifaschist_innen deutlich in der Überzahl, so dass davon das meiste im Pfeifkonzert unter ging. Dieses Bild wiederholte sich auch bei der nächsten Station, vor der Moschee in der Ruppertstraße. Vor dem Kulturladen Westend, der in der Vergangenheit schon mehrfach Ziel neonazistischer Angriffe war, sahen sich die BIA-Nazis nach ihrer Hetzkundgebung in der Ligsalzstraße rund eineinhalb Stunden lang beidseitig von Antifaschist_innen blockiert, ehe die Bereitschaftspolizei die Blockade gewaltsam räumte und mehrere Antifaschist_innen fest- bzw. in Gewahrsam nahm.

Dennoch sahen sich Richter und Kameraden auch in der Berg-am-Laim-Straße, am Hasenbergl und später noch vor dem Feierwerk stets mit rund 80-100 entschlossen auftretenden Antifaschist_innen konfrontiert, gegen deren Lautstärke nicht anzukommen war.

Trotz vieler Fest- und Gewahrsamnahmen kann der Tag aus antifaschistischer Sicht als Erfolg gewertet werden. Die Münchner Neonazis mussten feststellen, dass sie trotz kurzfristiger Anmeldung und Verteilung auf viele Orte stets mit gut mobilisiertem antifaschistischen Widerstand rechnen müssen.

Die „BIA" wertet den Tag ungeachtet dessen natürlich als „Paukenschlag" und kündigt eine Fortsetzung an. Ein Foto auf dem antifaschtischen Portal „publikative.org" dürfte jedoch die Gemütslage Richters treffender widergeben. Autor des dazugehörigen Artikels: Felix Bennekenstein, bis vor kurzem selbst noch in der Münchner Neonaziszene, inzwischen jedoch mehr oder weniger glaubwürdig als „Aussteiger" aktiv. Bennenkenstein jedenfalls nennt die Veranstaltungsreihe einen „Naziflop" und eine „Schlappe". Auch die „Süddeutsche Zeitung" schreibt:

„So fuhr das kleine Grüppchen Rechtsradikaler in einem Kombi den ganzen Nachmittag lang von einem Aufzugsort zum nächsten, begleitet von der Polizei und bis zu 100 Gegendemonstranten, die mit Schildern wie ‚München bleibt nazifrei' protestierten." *Redaktion Luzi-M*



http://www.luzi-m.org ■

Stolpersteine in Landshut – Ein erster Schritt zu einer antifaschistischen Gedenkkultur

Bayern. Am 2.10.2012 wurden unter den Augen zahlreicher Schüler_innen, Stadträt_innen und Landshuter Bürger_innen die ersten Stolpersteine in Landshut durch den Kölner Künstler Gunter Demnig verlegt. Auch Kornelia Möller, MdB DIE LINKE, besuchte diese erste Stolpersteinverlegung: „Für mich ist antifaschistische Erinnerungsarbeit eine Herzensangelegenheit und ich freue mich, dass mit den Stolpersteinen ein Stück lokale Geschichtsaufarbeitung geleistet wurde. Die Stolpersteine geben den jüdischen Opfern des NS-Regimes ihre Individualität zurück und ermöglichen, dass den jeweiligen Personen und ihrem Schicksal in würdiger Weise gedacht und erinnert wird. Mein besonderer Dank für das großartige Engagement geht an die Schüler_innen des Hans-Lein- →

berger-Gymnasiums und insbesondere an die Schul-AG gegen Rassismus und Faschismus, die durch ihren Antrag an die Stadt das ganze Projekt erst möglich gemacht haben. Die Verlegung der Stolpersteine ist ein erster Schritt hin zu einer antifaschistischen Erinnerungskultur, die den Opfern der NS-Diktatur öffentlichen Raum zurückgibt und ihr Andenken und ihr persönliches Schicksal der breiten Öffentlichkeit zugänglich macht. Eine solche Erinnerungskultur ist ein Beitrag zur Aufklärung der Gesellschaft und damit essentieller Bestandteil einer Präventionsarbeit gegen Nazi-Umtriebe in der Region."

http://www.die-linke-bayern.de/ ■



200 auf Demonstration gegen „Firma 18

FORST. Die Demonstrierenden kamen zum großen Teil aus Forst, aber auch aus Nachbarstädten und Berlin. Zeitweise unter starkem Regen wurde vom Bahnhof, durch die Innenstadt bis zum ehemaligen Nazitreffpunkt in der Waldstraße lautstark auf die rechten Tendenzen in der Kleinstadt aufmerksam gemacht.

Zwei Jahre lang konnte die Nazi-Gruppierung aus dem Umfeld des „SV Lausitz" in unmittelbarer Nachbarschaft zum Vereinsgelände einen „Jugendtreff" betreiben und neuen Nachwuchs rekrutieren. Ihre Nähe zu dem Fußballverein nutzen sie aus, um unter dem Deckmantel der Fankultur gegen Menschen mit anderer Nationalität, Religion, Geschlecht oder „Rasse" zu hetzen. Die privat angemietete Baracke wurde für Partys und andere rechte Veranstaltungen genutzt. Auch vermeintlich „unpolitische" Jugendliche bewegten sich in diesen Räumen, was der „Firma18" mehr Akzeptanz und Öffentlichkeit bot. Dieses Treiben stieß lange kaum auf Kritik oder Widerstand.

Der im Vorfeld der Demonstration entstandene öffentliche Druck hat dazu geführt, dass die erstarrte Struktur aus Schweigen, Ignoranz und heimlicher Sympathie aufgebrochen wurde. Der Eigentümer kündigte den Neonazis die Räume. Nach eigener Aussage wurden die Schlösser ausgewechselt und das Objekt überwacht. Doch die weit verbreitete Vorstellung von der Höher- und Minderwertigkeit bestimmter Menschen und die Verharmlosung des Nationalsozialismus bilden auch in Forst weiterhin einen satten Nährboden für faschistisches Treiben.

Wegen des Rausschmisses ist die lokale Naziszene offensichtlich frustriert. In den Tagen vor der Demonstration wurden entlang der Zugstrecke von Forst nach Cottbus mehrere Hakenkreuze und der Spruch „Wir lassen uns nicht verbieten" gesprüht, außerdem bedrohten Mitglieder der „Firma 18" willkürlich alternative Jugendliche. Die Demonstration verlief ohne große Provokationen, nur zu Beginn versuchte ein Nazi sich unauffällig zu nähern. Als er erkannt wurde lief er weg und zeigte dabei den Hitlergruß – was ihm eine Ingewahrsamnahme und wahrscheinlich auch ein Strafverfahren eingebracht hat.

Die relativ hohe Beteiligung an der bunten und friedlichen Demonstration zeigt, dass in der Stadt endlich wieder ein Problembewusstsein für die rechten Tendenzen entstanden ist und man gemeinsam in Zukunft dafür sorgen will, dass für Nazis keine Heimspielstimmung mehr aufkommt. (via keinheimspiel.blogsport.de)

Mehr Fotos unter: http://www.flickr.com/photos/63402479@N08/sets/72157631746215561/

antifaphotoarchive 11.10.2012 ■

OB Roters missbilligt Werbeaktion „Vermisst"

KÖLN. Am 24.9. wurden im Auftrag des Bundesinnenministeriums von Werbeagenturen Postkarten und Werbemittel der Aktion „Vermisst" in Köln und auch in der Keupstraße in Köln-Mülheim verteilt. Innenminister Hans-Peter Friedrich hatte nach bundesweiten Protesten die Anbringung von großformatigen Plakaten, die in der grafischen Gestaltung Vermisstenanzeigen ähneln, gestoppt. Der Text lautete zum Beispiel: „Das ist unser Sohn. Wir vermissen ihn, denn wir erkennen ihn nicht wieder. Wir haben Angst, ihn ganz zu verlieren an religiöse Fanatiker und Terrorgruppen."

Kölns Oberbürgermeister Jürgen Roters hat die vom Bundesinnenministerium initiierte Postkarten-Verteilung innerhalb der Werbeaktion „Vermisst" gegen die islamistische Radikalisierung Jugendlicher öffentlich missbilligt. „Es genügt nicht, nur die Plakataktion zu dieser Werbekampagne zu stoppen, alle Werbemaßnahmen müssen sofort eingestellt werden. Es ist in hohem Maße unsensibel, diese Aktion ausgerechnet zum jetzigen Zeitpunkt durchzuführen. Mir fehlt außerdem das Verständnis dafür, ohne jegliche Beratung mit der Stadt Köln ausgerechnet in der Kölner Keupstraße bei den Anwohnern, die jahrelang unter falschen Verdächtigungen zu leiden hatten, Postkarten aus dieser Werbeaktion verteilen zu lassen", so Oberbürgermeister Jürgen Roters, der auf dem Weg zur nordrhein-westfälischen Landesvertretung bei der EU nach Brüssel von der Verteilaktion in Köln erfuhr. „Angesichts der aktuellen politischen Verhältnisse können solche Kampagnen missverständlich interpretiert werden und sind damit wenig hilfreich." In einem Telefongespräch mit der Türkisch-Islamischen Union (DITIB) machte der Oberbürgermeister seine Auffassung deutlich.



Quelle: ELDE-Haus Info Okt. 2012 ■

Freitag, 9. November 2012 – Deutzer Werft am Rheinufer in Köln: Arsch Huh Kundgebung und Jubiläums-Konzert

Es wirken mit: BAP – Bläck Fööss – Brings – Tommy Engel – Höhner – Köster & Hocker – Rolf Lammers – Anke

Bayerischer NSU–Untersuchungsausschuss – 20 Minuten für die Öffentlichkeit

4.10.12. Der Untersuchungsausschuss „Rechtsterrorismus in Bayern – NSU" hat nach dem Ende der parlamentarischen Sommerpause im bayerischen Landtag seine Arbeit wieder aufgenommen. Die verkündeten Beschlüsse und Ergebnisse lassen erste Konflikte zwischen den Regierungs- und Oppositionsfraktionen vermuten.

Die für Freitagvormittag, 21.September 2012, anberaumte 3. Sitzung des Untersuchungsausschusses war wieder die meiste Zeit nicht-öffentlich. Dabei war zuerst nur ein einziger Punkt als nicht-öffentlich auf der Tagungsordnung gestanden, nämlich die Beratung von Verfahrensfragen. Auf Antrag der CSU wurde jedoch u.a. auch der Tagesordnungspunkt 5: „Sachstandsberichte" in den nicht-öffentlichen Teil übernommen. Die anwesenden Journalist_innen, mitunter bis zu zwei Dutzend, mussten sich von daher über zwei Stunden vor dem Besprechungsraum gedulden. Interessierte ohne Presseausweis gelangten gar nicht erst in den Landtag, sie mussten unten an der Eingangspforte warten. Der SPD-Rechtsexperte und Untersuchungsausschuss-Vorsitzende Franz Schindler teilte im knapp 20 Minuten währenden öffentlichen Teil der Sitzung dann die Ergebnisse und Beschlüsse mit. Es habe keine Kampfabstimmungen gegeben, begann Schindler seine Ausführungen. Allerdings, so wurde klar, auch keine Einigung in der wichtigen Frage nach Hinzuziehung von Sachverständigen und Expert_innen zum Thema Rechtsextremismus und Neonazismus in Bayern. Doch der Reihe nach:

Beschlossen wurden umfangreiche ergänzende Aktenbeiziehungen bzw. Ersuche um Amtshilfe zur Verfügungstellung selbiger bei Bundesbehörden und Behörden anderer Bundesländer. Dies betrifft unter anderem:

- Sämtliches Material des Militärischen Abschirmdienstes (MAD) in Bezug auf „insbesondere Personen und Vorkommnisse in bayerischen Kasernen im Untersuchungszeitraum (1.1.1994 bis 4.7. 2012)"
- Alle Protokolle der Parlamentarischen Kontrollkommission bzw. des Parlamentarischen Kontrollgremiums, soweit diese den Untersuchungsgegenstand betreffen
- Das gesamte Material des bayerischen Landesamtes für Verfassungsschutz und des Innenministeriums den Untersuchungsgegenstand und folgende Informationen betreffend, z. B. die Operationen Rennsteig, Treibgut und Saphira, verschiedene neonazistische Treffen und Veranstaltungen in Bayern, das NSU-Trio, sowie zu den Beschuldigten im derzeit laufenden Verfahren der Generalbundesanwaltschaft (GBA) und diverse neonazistische Aktivisten, die im Zeitraum 1.1.1994 bis 4.7.2012 aktiv waren bzw. es noch sind.

Die Anforderung weiterer Akten und Unterlagen ist nicht zuletzt notwendig, da die bislang vorliegenden Dokumente teilweise bruchstückhaft sind, wie der Ausschussvorsitzende Schindler im Gespräch mit dem Weblog publikative.org äußerte.

Im nicht-öffentlichen Teil soll über die Frage der Anhörung von Sachverständigen bzw. Expert_innen kontrovers diskutiert worden sein. Gehört werden sollten diese beispielsweise zur Definition von Rechtsextremismus oder zur Einschätzung der bayerischen Neonaziszene und ihren Entwicklungen seit Mitte der 1990er Jahre. Franz Schindler teilte mit, man habe sich weder über den Zeitpunkt noch über die dann einzuladenden Personen einigen können. Die Oppositionsfraktionen hatten u.a. eine Expertin aus dem journalistischen Bereich vorgeschlagen und wie bei den anderen NSU-Untersuchungsausschüssen möglichst gleich zu Beginn der Arbeit des Ausschusses anhören wollen. Dies wurde von CSU und FDP abgelehnt. Man wolle erst dann Experten einladen, wenn man wisse, was den Ausschuss speziell interessiere. Dr. Otmar Bernhard (CSU) meinte, Dinge zu bewerten sei nicht Aufgabe der Sachverständigen, sondern des Untersuchungsausschuss. Zudem wolle man die Experten vorher begutachten, um ihre Kompetenz einschätzen zu können.

Nach a.i.d.a. Informationen handelt es sich bei der strittigen Expertin um die mehrfach ausgezeichnete Fachjournalistin Andrea Röpke. Diese hatte bereits den NSU-Untersuchungsausschüssen im deutschen Bundestag und im sächsischen Landtag als Sachverständige zur Verfügung gestanden.

Beschlossen wurden dagegen erste Zeugenvernehmungen in den nächsten beiden Sitzungsterminen. Am 9. Oktober 2012 soll Gerhard Forster, von 1994 bis 2001 Präsident des bayerischen Verfassungsschutzes, und ggf. zwei seiner Abteilungsleiter befragt werden. Für den 16. Oktober 2012 ist die Zeugenvernehmung operativ tätiger Mitarbeiter des bayerischen Verfassungsschutzes vorgesehen.

Einstimmig erklärten dann noch alle Mitglieder des Untersuchungsausschusses in öffentlicher Sitzung ihren Verzicht auf die Verlesung der beigezogenen Akten. Laut Untersuchungsausschussgesetz müssten alle Beweismittel verlesen werden, aber das sei auf Grund der Menge und der zur Verfügung stehenden Zeit nicht „handelbar". Die Ausschussmitglieder hätten ja alle Akten erhalten bzw. alle hätten Zugriff auf die Informationen und Unterlagen, so die einhellige Meinung im UA. Schon jetzt stellt sich die Frage, wie die Einvernahme von 50 bis 100 Zeug_innen und die Erstellung eines qualifizierten Abschlussberichtes bis Ende Juli 2013 gelingen kann. Nicht einmal drei Stunden dauerte die dritte Sitzung des bayerischen NSU-Untersuchungsausschusses. Gerade einmal 20 Minuten machten den öffentlichen Teil aus. Auch die Zeitplanung bis Weihnachten ist sehr großzügig: In den verbleibenden 14 Wochen bis Weihnachten sind gerade einmal sechs Termine anberaumt worden, die allesamt am Nachmittag erst beginnen.

www.aida-archiv.de ■



GÖPPINGEN. Leider liegt uns kein Bericht über die Aktion gegen den Neonazi-Aufmarsch in Göppingen am 6. Oktober vor. Die nackten Fakten: 152 Neonazis demonstrierten, ca. 2000 demonstrierten dagegen, ein breites Bündnis, 2000 Polizisten schirmten die Neonazis ab, aus den Gegendemonstranten kam es zu Schlägereien mit der Polizei (Bild: indymedia); 100 wurden festgenommen. aus *Lokalberichte Stuttgart*

Schweitzer – Arno Steffen – Jürgen Zeltinger u.a.
Aktuelle Infos, genauer Zeitpunkt sowie weitere Mitwirkende etc: www.arschhuh.de

NS-Täter straflos, NS-Opfer entschädigungslos

„Wenn schon die Täter nicht bestraft werden, müssen zumindest die Opfer entschädigt werden", fordert Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, mit Blick auf die Einstellung des Strafverfahrens gegen SS-Angehörige, denen die Teilnahme an einem Massaker im italienischen Sant' Anna di Stazzema vorgeworfen wurde. Jelpke weiter: „Noch skandalöser als die Tatsache, dass die Täter straffrei davongekommen sind, ist, dass die Ermittlungen erst im Jahr 2002 begonnen haben - fast 60 Jahre nach der Tat. Die deutsche Justiz muss sich vorwerfen lassen, zumindest bis zu diesem Zeitpunkt die Strafverfolgung der SS-Leute bewusst vereitelt zu haben. Zu Recht reagieren die Überlebenden des Massakers unzufrieden und enttäuscht über die Entscheidung der Stuttgarter Staatsanwaltschaft.

Jetzt steht die Bundesregierung in der Pflicht: Wenn schon die Mörder von damals ungeschoren davonkommen, müssen zumindest die Opfer entschädigt werden. Das ist bisher nicht geschehen. Urteile italienischer Gerichte, welche Deutschland zu Entschädigungszahlungen für Überlebende der Massaker verurteilten, hat die Bundesregierung vielmehr mit einer Klage vor dem Internationalen Gerichtshof aufheben lassen. Deutschland steht jetzt als Land da, das NS-Täter nicht bestraft und NS-Opfern die Entschädigung versagt. Mit der Entschädigungsverweigerung muss endlich Schluss sein. Die Bundesregierung muss endlich auf die berechtigten Forderungen der Überlebenden eingehen." *Ulla Jelpke, MdB, Innenpolitische Sprecherin Fraktion DIE LINKE.* ■

Rechtsextreme Hetze im Internet – Neuer Bericht veröffentlicht

Jugendschutz.net teilt mit: „Rechtsextreme Hetze spielt sich immer stärker im Social Web ab. Vor allem über Facebook, Youtube und Twitter sprechen Neonazis ihre erklärtermaßen wichtigste Zielgruppe, nämlich Jugendliche, an. Wie leicht es in diesen jugendaffinen Diensten ist, ein großes Publikum zu erreichen und wie die Szene dort auch mit emotionalen Themen User ködert, zeigt der jüngste Bericht „Rechtsextremismus online" von jugendschutz. net. Die Zahl der Hinweise auf Hassbeiträge im Web 2.0, die über die Online-Meldestelle von jugendschutz.net eingingen, hat sich im letzten Jahr fast verdreifacht. Rechtsextreme agieren in Sozialen Netzwerken und auf Videoplattformen

Alternativer 3. Oktober des Ostermarschs Rhein/Ruhr

Wieder Krieg von deutschem Boden und auf deutschem Boden

Eine Art von alternativem Nationalen Feiertag begründete die deutsche Friedensbewegung am 3. Oktober dieses Jahres mit Kundgebungen und einer Demonstration im niederrheinischen Kalkar. Dort entsteht das NATO- und Bundeswehrkommandozentrum für die weltweite Luft- und Weltraumkriegsführung. „Im Gegensatz zum heutigen Ringelpietz in München nehmen wir das dort ausgeblendete Thema Krieg oder Frieden mit auf. Mit dem 3. Oktober vor 22 Jahren fing alles an. Vorher galt die Losung in beiden deutschen Staaten: Nie wieder Krieg von deutschem Boden. Heute führt Deutschland wieder weltweit Kriege – eine traurige Errungenschaft der Wiedervereinigung." Das stellte Ulrich Sander, einer der VVN-BdA-Bundessprecher, in seiner Rede vor dem Luftkriegskommando fest.

Auszüge aus der Rede von VVN-BdA-Bundessprecher Ulrich Sander am 3. Oktober 2012 vor der Von-Seydlitzkaserne in Kalkar am Niederrhein:

„An diesem 3. Oktober protestieren wir, die Friedensbewegung Rhein-Ruhr vor jenem NATO- und Bundeswehr-Hauptquartier in Kalkar, von wo aus Deutschland wieder zum Frontstaat im Kriege gemacht werden kann. An diesem Ort hatte in den 80er Jahren der hunderttausendfache Protest der Anti-AKW-Bewegung den Bau des atomaren Schnellen Brüters verhindert, der atomwaffenfähiges Plutonium erbrütet hätte.

In den 80er Jahren hatte gleichzeitig die Friedensbewegung millionenfachen Zulauf, als es darum ging, zu verhindern, dass die NATO mit der Pershing II eine Waffe erhält, die den Atomkrieg führbar machen sollte. Damals galt die schnelle Bunker brechende Waffe als Enthauptungswaffe gegen die Sowjetunion. Ihr Ziel haben die Strategen nicht aufgegeben. Jetzt gegen Russland? So fragen nicht nur russische Politiker.

Kalkar belegt in diesen Tagen die offensive Stoßrichtung. Denn für das Joint Air Power Competence Centre Kalkar zählt die Kriegsführung und nicht alleine die offizielle und Grundgesetz-konforme „Verteidigung" als Auftrag. Das zeigt sich auch daran, dass hier in einer Woche eine Konferenz unter dem Titel „Kriegsführung (Warfare) im 21. Jahrhundert" stattfinden soll. Experten aus Armee, Industrie, Regierungen und Nichtregierungsorganisationen werden auf dieser Konferenz in Kalkar über das Potential der Luftstreitkräfte im Krieg des 21. Jahrhundert beraten. So wird die militärische Logik der NATO-Strategen immer weiter in den Alltag selbst vor Ort hineingeholt, wenn wir uns nicht machtvoll wie einst dagegen stellen.



Ja, sie üben das Kriegführen – das Wort Frieden kommt in ihrem Sprachschatz gar nicht mehr vor ... Was hier in Kalkar geschieht, verstößt gegen die UNO-Charta und gegen den Wortlaut der Verfassung. Zudem wird der Bundestag entmachtet, dem Beschlüsse über Bundeswehreinsätze vorbehalten sind. Hier entscheidet allein die NATO.

Wir fordern: Wiederherstellung des Grundgesetzes und seine strikte Einhaltung. Dazu gehört auch: Schluss mit allen Auslandseinsätzen der Bundeswehr. Bundeswehr raus aus Afghanistan!

Wir fordern: Auflösung dieses Kommandozentrums, dieses Ausgangspunktes neuer Kriege. Denn von hier kann der Krieg von deutschem Boden aus beginnen. Jederzeit und ohne den Bundestag zu fragen. Den nuklearen und konventionellen Lufteinsatz allüberall nördlich der Alpen in ganz Eurasien, – den üben die Streitkräfte hier. Und wie schnell kann daraus Ernst werden!

Wir fordern: Raus aus der NATO. Wenn wir einst beim Ostermarschbeginn die richtige Losung ausgaben: Wir müssen die Bombe abschaffen, sonst schafft die Bombe die Menschheit ab, – so müssen wir diese nun erweitern. Zu Recht hat der Friedensratschlag die Losung ausgegeben: „Die Menschheit steht vor der Aufgabe, die NATO abzuschaffen, bevor die NATO die Menschheit abschafft." ■

Piusbruderschaft: Gespräche mit Rom in der Sackgasse

In der Piusbruderschaft sammeln sich Priester, die eine besonders reaktionäre Richtung des katholischen Glaubens vertreten. Gesellschaftspolitisch lehnen sie u.a. Abtreibung, Homosexualität und „Pornographie" ab. Sie sind für deren gesetzliche Verbote und u. a. in der Lebensschützerbewegung aktiv. Demokratie ist für sie nicht notwendig die bürgerliche Staatsform. So werden auch immer wieder offen Diktatoren wie Franco, Salazar und Dollfuß als Vorbilder hingestellt.

Die Piusbruderschaft hält wenig von Transparenz. In einem für diese Verhältnisse erstaunlich offenem Interview beschrieb der Distriktobere für Deutschland, Franz Schmidberger, unlängst den Stand der Verhandlungen mit Rom über eine Normalisierung der Beziehungen zwischen dem Vatikan und der Bruderschaft. Eine Rückkehr der Bruderschaft in den Schoß der offiziellen katholischen Kirche würde sicher auch die wirtschaftliche Lage der Bruderschaft verbessern, die sich bisher selber finanzieren muss.

Das Interview vom 17.9. zeigt, dass die Gespräche in der Sackgasse sind. Die auf Initiative des Papstes im Oktober 2009 begonnenen Gespräche mündeten am 14.8.2011 in der Übergabe einer „doktrinellen Präambel" des Vatikans an die Bruderschaft. Diese Lehramtserklärung sollten die Piusbrüder unterschreiben. Der Inhalt wurde nie veröffentlicht. Auf einem Treffen der führenden Funktionäre im Oktober 2011 in Albano (Italien) kam es zu erheblichen Meinungsverschiedenheiten. Dem Leiter, Bischof Fellay, wird nachgesagt, er wolle die „Versöhnung mit Rom". Die Hardliner waren für die Ablehnung. Sie sollen auch für die darauf folgenden anonymen Veröffentlichungen von internen Papieren im Internet verantwortlich gewesen sein. Im Ergebnis kam es zu weiteren Treffen mit Rom und es wurden weitere Erklärungen ausgetauscht.

Am 13. Juni diesen Jahres übergab der damalige Präfekt der Glaubenskongregation, Bischof Levada, eine neue Fassung der lehramtlichen Erklärung, in der die Annahme zweier Punkte gefordert wird: die Anerkennung der Rechtmäßigkeit der „neuen Messe" und die Annahme des Zweiten Vatikanischen Konzils „in der ungebrochenen Reihe aller anderen Konzilien und Lehraussagen der Kirche". Eine Kritik am Konzil sei nur in „Nuancen" zugelassen. Diese Forderungen hat Franz Schmidberger in dem Interview nun zurückgewiesen und seinerseits Forderungen mitgeteilt, die auf einem Generalkapitel der Piusbrüder in Ecône (Schweiz) im Juli formuliert wurden. Sie wollen die „alte Messe" von 1962, immer selbst ihren Bischof stellen und die „Irrtümer" des Zweiten Vatikanischen Konzils weiter an den Pranger stellen dürfen.

Insbesondere in der Wertung des Zweiten Vatikanischen Konzils ist ein Kompromiss kaum vorstellbar. Die zaghaften Modernisierungen dieses Konzils sind den Piusbrüdern ein Gräuel. Sie sehen einen Bruch mit den vorhergehenden Konzilien, u.a. mit der alten Lehre, dass nur der katholische Glaube den der Erlösung bedürftigen Menschen retten kann. Alle anderen Religionen seien Irrwege, die keinerlei Mittel des Heils bereitstellten. Anders der Vatikan, der den anderen Religionen mittlerweile positive Aspekte zubilligt, wenn sie auch immer mit Defiziten behaftete „Glaubensgemeinschaften", nicht „Kirchen" seien. Das Wort Roms z. B., die Juden seien „die älteren Brüder im Glauben", kommt einem Piusbruder nicht über die Lippen.

Auch die Ernennung von Erzbischof Gerhard Müller am 2. Juli als neuen Präfekten der Glaubenskongregation (Bischof Levada ist aus Altersgründen zurückgetreten) sehen die Piusbrüder als schweren Rückschlag. Gilt der Erzbischof doch nicht gerade als Freund der Piusbrüder, ja Schmidberger nennt seine Haltung „fast feindlich". Gleich nach seiner Ernennung haben sie eine Erklärung veröffentlicht, die den Erzbischof angriff und ihn „schwerer dogmatischer Irrtümer" bezichtigte. Wohl gemerkt, der Mann ist aus Sicht des Vatikans der Hüter der Glaubenslehre.

Am 4.10. erklärte Erzbischof Müller, er glaube nicht, dass es zu weiteren Gesprächen mit der Bruderschaft komme. Die Situation ist so verfahren, dass mittlerweile über eine erneute Exkommunikation der vier Bischöfe der Piusbrüder spekuliert wurde. Dazu wird es kaum kommen, denn das würde bedeuten, der Papst hätte bei der Rücknahme der Exkommunikation einen Fehler gemacht. Eine Annahme des Zweiten Vatikanischen Konzils seitens der Brüder ist auch ausgeschlossen, war doch die Ablehnung des Konzils der Grund für die Gründung der Bruderschaft. Wer nur die alte Messe will, kann zu den Petrusbrüdern gehen, wie es der eine oder andere schon getan hat.

Und der Shoah-Leugner Bischof Williamson? Der steht wohl kurz vor dem Ausschluss aus dem Piusbrüdern. Seine Eskapaden reichen den anderen Bischöfen. Und dass er den Strafbefehl der Staatsanwaltschaft für seine Leugnung der Shoah gegen den ausdrücklichen Wunsch des leitenden Bischofs Fellay nicht akzeptieren will, ist nur einer der Gründe. Wesentlicher dürften seine Eigenmächtigkeiten und eine kaum verschleierte Rücktrittsforderung an Bischof Fellay sein. So war er zum Generalkapitel im Juli schon nicht mehr zugelassen.

mib ■

Post gegen NPD gescheitert

Die höchstrichterliche Entscheidung ist aber kein Freibrief für Volksverhetzung

Die Verpflichtung der Deutschen Post AG, einen Rahmenvertrag zur Beförderung einer Druckschrift der Sächsischen NPD-Landtagsfraktion abzuschließen, ist nach Auffassung von ver.di „kein Freibrief für Volksverhetzung". Das betonte ver.di-Vize Andrea Kocsis nach einer entsprechenden Entscheidung des Bundesgerichtshofs (BGH). Dessen Richter hätten nämlich im Unterschied zu den Vorinstanzen festgestellt, dass die Deutsche Post AG verpflichtet sei, einen Rahmenvertrag abzuschließen, und gleichzeitig festgelegt, dass die Postuniversaldienstleistungsverordnung anzuwenden sei. Das bedeute aber nicht, dass künftig jede Sendung ungeachtet ihres Inhalts zugestellt werden müsse. Kocsis: „Damit ist auch klar, dass nun sehr sorgfältig zu prüfen ist, ob die zu befördernde Publikation strafrechtliche Inhalte oder rassendiskriminierendes Gedankengut enthält.Sollte das der Fall sein, ist die Sendung gemäß Universaldienstleistungsverordnung von der Beförderungs-Pflicht ausgenommen." Es sei richtig, so die ver.di-Vizevorsitzende, sich gegen rechtsextremistisches Gedankengut zu stellen. Die Deutsche Post AG sei trotz der BGH-Entscheidung aufgerufen, weiterhin Courage zu zeigen. Das sei auch im Sinne der Beschäftigten von herausragender Bedeutung.

Courage zeigen können darüber hinaus Empfänger unerwünschter Nazi-Postillen. Da es sich um unadressierte Werbesendungen handelt, reicht zunächst ein einfacher „Keine Werbung"-Aufkleber oder ein Eintrag in die „Robinsonliste", sich die Zustellung zu verbitten. Verbraucherschützer empfehlen darüber hinaus, nach erstmaligem Erhalt per Einschreiben mit Rückschein direkt beim Absender Unterlassung zu fordern. Hält sich die NPD nicht daran, könnte nach Klage empfindliches Bußgeld fällig werden. (Aktenzeichen Az. I ZR 116/11)

Quelle: verdi news 6.10.2012 ■

Friedrich, Maaßen, Albers – Märchenstunde zum Thema „Engagement gegen Rechts"

Kundgebung vor dem Polizeipräsidium

Das Bündnis „Verfassungsschutz auflösen!" ruft für den 29.10.12 (14 Uhr) unter dem Motto „Verfassungsschutz auflösen – Rassismus bekämpfen!" zu einer Kundgebung in Köln-Kalk vor dem Polizeipräsidium Köln auf.

Am 29.10. soll im Polizeipräsidium Köln die Ausstellung „Die Braune Falle... eine rechtsextreme Karriere" gezeigt werden. Eröffnet wird die neu überarbeitete Ausstellung von Bundesinnenminister Friedrich, Polizeipräsident Albers und dem neuen Präsidenten des Bundesverfassungsschutzes Hans-Georg Maaßen.

Der Zeitpunkt der Ausstellungseröffnung ist nicht zufällig gewählt, denn nahezu täglich sorgen neue Details über die Verstrickung des VS und anderer Sicherheitsorgane in die Morde des rechtsterroristischen NSU für Schlagzeilen. Verfassungsschutz, Polizei und politisch Verantwortliche wollen mit dieser Ausstellung den Eindruck erwecken, dass sie alles tun, um „den braunen Sumpf" trockenzulegen. Das Gegenteil ist der Fall: Verschiedene Ebenen in den Verfassungsschutzämtern unterstützten das Umfeld des NSU mit bezahlten V-Männern und -Frauen, die z.B. Sprengstoff oder auch Waffen an den NSU lieferten. Auch der Kölner Polizeiführung kann in Sachen Bekämpfung der extremen Rechten nur Totalversagen attestiert werden. Nach dem Bombenanschlag in der Keupstraße leugneten sie jahrelang die rassistischen Hintergründe der Morde und machten die Opfer darüber hinaus zu Tätern, indem sie ausschließlich in Richtung organisierter „Ausländer-Kriminalität" ermittelte. Beispielsweise mussten Angehörige eines Opfers neunmal als Verdächtige bei der Polizei erscheinen und verletzte Anschlagsopfer wurden gezwungen DNA-Proben abzugeben. Diese Maßnahmen fanden im jenem Polizeipräsidium in Köln Kalk statt, in dem jetzt die Ausstellung stattfinden soll. Auch in jüngster Zeit zeigte die Kölner Polizeiführung unter Polizeipräsident Albers, was sie unter „Engagement gegen Rechts" versteht: Die Aufmarschwege von Rassisten und Nazis unter allen Umständen zu gewährleisten, damit sie ungestört ihre menschenverachtende Propaganda verbreiten können. Jenseits jeder Verhältnismäßigkeit werden ganze Stadtviertel abgesperrt und damit Einwohner_innen in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt. Jeglicher antifaschistischer Protest in Sichtweite wird dadurch unmöglich gemacht. Allein innerhalb des letzten Jahres wurde Köln-Kalk drei Mal hermetisch abgeriegelt, damit ein kleines Häuflein Rechter durch die Straßen ziehen konnte. Konsequenzen hatte bisher weder das Handeln der Geheimdienste, noch die rassistische Ermittlungspraxis der Polizei. Stattdessen versuchen sie sich jetzt mit einer solchen Ausstellung ihr Negativimage reinzuwaschen.

Das wollen wir nicht unwidersprochen hinnehmen und rufen dazu auf, gegen diese zynische Propagandaveranstaltung zu protestieren. Die einzig richtige Konsequenz, die man aus den Machenschaften von VS und anderen Sicherheitsbehörden ziehen muss, ist die Auflösung des VS und aller Geheimdienste.

Kundgebung: 29.10.2012 - 14 Uhr vor dem Polizeipräsidium Köln, Walter-Pauli-Ring 2-4.

Wir rufen ebenfalls dazu auf, sich an der Demo „VS Auflösen - Rassismus bekämpfen „ am 10.11. in Köln Chorweiler (14 Uhr Pariser Platz) zu beteiligen.

Antifaschistischen Koordination Köln & Umland (AKKU)
akku@riseup.net
http://www.antifa-koeln.net ■

Französischer Literat verfasst „Loblied auf Breivik"

Direkte und indirekte Unterstützung aus der extremen Rechten

Darf Literatur alles? Auch einen Massenmörder wie Anders Behring Breivik hochleben lassen, etwa für die „formelle Perfektion seiner Tat", und faschistische Gewalt ästhetisieren? Oder gilt es, die Freiheit des Wortes zu verteidigen, da es sich um Abstraktionen auf hohem literarischem Niveau und – vor allem – ohne unmittelbar praktische Konsequenzen handele?

Ungefähr so verlief die Debatte über die Auslassungen, die der 1953 geborene Schriftsteller und Verlagslektor Richard Millet in den schmalen Raum zwischen zwei Buchdeckeln presste und Ende August dieses Jahres unter dem Titel Langue fantôme (ungefähr: Gespenstersprache) publizierte. Das kleine Bändchen von 128 Seiten enthält die beiden Texte „Essai über die Verarmung der Literatur", gefolgt von dem nur achtzehn Seiten umfassenden Aufsatz „Literarische Eloge des Anders Behring Breivik".

Es war natürlich vor allem der letztgenannte Text mit seiner ausgesprochen provozierenden Überschrift, der bei seinem Erscheinen heftige Reaktionen auslöste. Oder auch schon davor. In Norwegen wurde die Vorbereitung eines Buches, in dem ein Kapitel diesen Titel trage, am 23. Juli 2012 bekannt. Auf den Büchermarkt kam das Pamphlet Millets dann am 24. August d.J. Ob gewollt oder ungewollt, in beiden Fällen passte das Timing wie die Faust aufs Auge: Das erste Datum fiel genau einen Tag später als der erste Jahrestag der Mordtaten von Breivik, der am 22. Juli 2011 in Oslo und auf der Insel Utoya 77 Menschen tötete. Und das Erscheinungsdatum des Buches fiel just auf jenen Tag, an dem in Oslo das Urteil gegen den Massenmörder fiel. Richard Millet, der bis dahin in Norwegen nahezu gänzlich unbekannt war – keines seiner rund fünfzig Bücher, die oft keine hohen Auflagen erzielten, wurde in die Sprache des skandinavischen Landes übersetzt – hat seitdem eine eigene Wikipedia-Seite in Norwegisch.

Das bevorstehende Urteil gegen Breivik war dem Autor Richard Millet durchaus gegenwärtig, denn er geht in seiner Brandschrift explizit darauf ein. Und zwar, um zu bedauern, dass man den Todesschützen von Utoya von psychiatrischen Experten für geisteskrank und darum schuldunfähig erklären werde. Dies nehme seinen Taten die politische ebenso wie die ästhetische Dimension: „Ihn für verrückt zu erklären, ist die passende Gelegenheit, die wirklichen Debatten nicht zu öffnen, beispielsweise über die islamische Präsenz", schreibt Millet, dem offenkundig nicht die politischen Beziehungen zu Staaten wie Saudi-Arabien, sondern die pure Anwesenheit von moslemischen Einwanderern in Europa ein Gräuel darstellen. Seine Prognose ging allerdings voll daneben: Das Gericht weigerte sich, der These mancher Gutachter zu folgen und Breivik für psychisch krank zu erklären, sondern hielt seine Schuldfähigkeit fest und verurteilte ihn – statt zur Internierung in der Psychiatrie – zu einer Haftstrafe. Anders Behring Breivik selbst war damit zufrieden und legte nicht Berufung ein.

Breivik war, schreibt Millet, „inmitten dieser Dekadenz zweifellos das, was Nor-

wegen verdient hat und was unsere Gesellschaften erwartet, die nicht aufhören, sich zu verblenden, um sich besser zu verleugnen.“ Damit meint er ihren vorgeblichen Verlust nationaler, kultureller und ethnischer Identität. Ferner qualifiziert Richard Millet den norwegischen Massenmörder in Sätzen, die sicherlich provozierend wirken sollten, als littéraire par défaut (ungefähr: „Literat mangels anderer Möglichkeit“), und schreibt: „Seine Opfer waren nur Jungsozialisten, also zukünftige Kollaborateure des multikulturalistischen Nihilismus“. Später würde er sagen, dass Sätze wie diese und vor allem die Überschrift – das „Literarische Loblied“ auf Breivik – „ironisch“ gemeint gewesen. Ein Sarkasmus, von dem er angenommen habe, dass das Publikum ihn verstehe, wie er in einem am 19. September d.J. publizierten Interview der Frankfurter Allgemeinen Zeitung erklärte.[1]

Gar so ironisch gebrochen, wie er daher kommen möchte, ist Richard Millets Zugang zu den Taten Breiviks jedoch wahrlich nicht. Zwar gibt er sich Mühe, dreimal in seinem Pamphlet – und später in Interviews – zu erklären, dass er die konkreten Handlungen des Mörders von Oslo verurteile, nicht gut finde, als monströs betrachte. Darum, dass er wirklich zur Wiederholung solcher Taten auffordern würde, geht es aber auch gar nicht; jenseits der provozieren wollenden Formulierung bezüglich ihrer „formalen Perfektion“. Der Sinn, der rote Faden von Millets Text besteht nicht darin, die Taten als vorbildlich hinzustellen. Sondern weitaus eher darin, sinngemäß zu sagen: So was kommt eben von so was. Also vom, aus Sicht des Autors, multikulturellen Wahnsinn in den europäischen Ländern. Letzterer habe bei sensiblen Individuen wie eben Breivik einen „kulturellen Überlebensinstinkt“ wachgerufen.

Um Millets eigenen Gedanken auf den Grund zu kommen, sollte man auch jenen Text lesen, der in dem Band vorausgeht. Dort begründet der Schriftsteller nämlich, dass an der von ihm behaupteten Verflachung und zunehmenden Geistlosigkeit der Literatur die – wie ein deutscher Politiker dereinst einmal formulierte – „Durchmischung und Durchrassung“ der Gesellschaft schuld sei. Richard Millet: „Der Zusammenhang zwischen Literatur und Einwanderung mag unbegründet erscheinen; er ist in Wirklichkeit zentral und erregt einen Schwindel des Identitätsgefühls.“ Der Autor schreibt über die „Neubevölkerung Europas mit Bevölkerungen fremder Kultur“ und davon, dass die Literaten „in einer nie gekannten neokolonialen Situation“ steckten – wohlgemerkt, Europa wird seiner Auffassung nach kolonisiert. Solche Ansichten müssen nicht verwundern, denn Richard Millet war schon immer ein Grenzgänger zwischen Literatur und einer offenen Rechtfertigung rechtsextremen Aktivismus‘. Die Hintergründe dafür reichen in seine Biographie zurück: Als Diplomatensohn wuchs Millet im Libanon auf, den er als Heranwachsender verließ, woraufhin er jedoch in seiner neuen Umwelt und in seiner Schule in der Pariser Vorstadt Montreuil nie zurecht kam.[2] Später kehrte Millet in den Libanon zurück, wo ihn die klaren konfessionellen Einteilungen der Gesellschaft faszinieren – und kämpfte ab 1975 als damals 22-Jähriger im libanesischen Bürgerkrieg (1975-1990) in den Reihen der Falangisten, also der Milizen der christlichen Rechten mit faschistischen Wurzeln, gegen die im Libanon ansässigen Palästinenser. Darüber schreibt er auch in einem teilweise autobiographischen Buch, Confessions négatives (Negative Bekenntnisse) – und wenn seine eigenen Handlungen sich tatsächlich mit denen seiner Hauptfigur decken, dann war er auch für die Ermordung von Zivilisten mit verantwortlich. Heute noch hält der 59-Jährige Kontakte in die Region, und im Frühjahr 2012 rechtfertigte er offensiv das Regime Baschar Al-Assads in Syrien, das einen Schutz für die dortigen Christen bilde.

Die Positionen Richard Millets kamen für seinen Arbeitgeber, den Großverlag Gallimard, als solche im Grunde nicht überraschend. 2008 hatte der Verleger zwar Millets damaliges Buch Opprobre (ungefähr: Bannfluch) herauszugeben - danach aber öffentlich erklärt, den Abdruck ähnlicher Werke künftig zu verweigern, weil es rassistische Passagen über die gegenwärtige französische Gesellschaft enthielt. Auch erschien sein neuestes Buch vor diesem Hintergrund nicht bei Gallimard, sondern bei dem Kleinverleger Pierre-Guillaume de Roux. Doch bei dem Pariser Großverlag betreut Millet als Lektor prominente Autoren und Autorinnen, unter ihnen die Literaturpreisträger Jonathan Littell (Goncourt 2006) und Alexis Jenni, den Goncourt-Gewinner von 2011.

Ferner war er bis vor kurzem Mitglied des Comité de lecture, des erlauchten Gremiums, das in letzter Instanz darüber entscheidet, was publiziert wird und was nicht. Seit Ende August steigerte sich jedoch der Druck auf den Verlagsdirektor und -erben Antoine Gallimard, der damals noch im Urlaub weilte, jedoch vom Ferienort aus eine Entscheidung ankündigte. In der Pariser Abendzeitung *Le Monde* bezeichnete die Schriftstellerin Annie Ernaux das jüngste Werk Millets als „faschistisches Pamphlet, das die Literatur entehrt“. Ihr als Gastartikel abgedruckter Beitrag trug ferner die Unterschriften von 118 prominenten Autoren, die erklärten „Wir haben den Text von Annie Ernaux gelesen und teilen vollkommen ihre Ansicht.“ Zu den bekanntesten Unterzeichnerinnen zählen Tahar Ben Jalloun, François Bon, Boualem Sansal, Nacy Huston oder Alain Mabanckou sowie die Mitterrand-Tochter und Literatin Mazarine Pingeot. In stärker gewundenen Texten meldeten sich auch Patrick Kéchichian – das Pamphlet entehre „nicht die Literatur, sondern konkrete Menschen“ , die in ihm abgestempelt würden – und der Historiker sowie Lektorenkollege Millets, Pierre Nora. Er erklärte: „Wir sitzen in der Falle“, so lautete die Überschrift, und spielte dabei wohl vor allem auf die Mitgliedschaft Richard Millets im prestigereichen Comité de lecture an, dem Nora selbst angehört. Durch die berufliche Nähe zu ihm sähen seine Kollegen sich „gezwungen, sich öffentlich zu solidarisieren oder entsolidarisieren“. In seiner ersten Reaktion bezeichnete Antoine Gallimard selbst es als Problem, dass Millet „das Haus repräsentiert“ und dies „eine Form der Solidarität impliziert“.

Die Lösung schien also vorgezeichnet. Am 13. September 2012 erklärte Richard Millet seinen – scheinbar freiwilligen – Rücktritt aus dem Comité lecture. Ansonten wird er weiterhin für Gallimard tätig sein und dort „seine“ Autoren wie bisher betreuen. Eine öffentliche Solidarisierung kam vor allem von Robert Ménard[3], dem Gründer der Vereinigung „Reporter ohne Grenzen“/RSF, der – anscheinend auch unter familiärem Einfluss – seit ein bis zwei Jahre in offen rechtsextreme Gefilde abdriftet, und bei den kommenden französischen Kommunalwahlen im März 2014 das Rathaus der Stadt Béziers erklärtermaßen (auch) mit Unterstützung des Front National erobern möchte.[4]

Zudem erregten sich eine Reihe von Kommentatoren in den Internetforen der Zeitungen über angebliche Zensur oder einen „Sieg der inquisitorischen Linken“. Eine Woche nach seinem Rücktritt konnte Millet in der FAZ seine Sicht der Dinge darlegen, und bestätigte im Wesentlichen, was man bislang davon wusste.

Reaktionen aus der organisierten extremen Rechten

Auf der extremen Rechten findet Richard Millet mehr oder minder ungeschminkte offene Anhänger. Bruno Gollnisch, der frühere Vizepräsident des FN, beispielsweise listet in einer E-Mail-Aussendung vom 27. September 2012 unter dem Titel „Hat der FN die Schlacht um das Vokabular gewonnen?“ u.a. eine Reihe von Intellektuellen auf, die dabei seien, „nach rechts umzukippen“. Der Text Gollnischs ist dem „ideologischen Sieg“ (in der vergangenen Ausgabe der AN stand aufgrund eines Tippfehlers leider „Sitz“) der extremen Rechten gewidmet, welcher sich u.a. in der Rede des konservativen Politikers Jean-François Copé über „antiweißen Rassismus“ widerspiegele. Unter den aufgeführten Intellektuellen, die dabei seien, für die (extreme) Rechte gewonnen zu werden, steht Richard Millet unter 14 zitierten Namen an erster Stelle.

Die rechtsextreme, vorgeblich religionskritische (d.h. ausschließlich „islamkritische“ respektive –hetzerische) Webseite Riposte Laïque machte sich aus der Vertei-

digung Richard Millets eine Spezialität. Bei ihr hieß es dabei unter anderem, wobei die Hetze in Extremform zugespitzt wird: „Gestern (Anm.: gemeint ist wohl in den Jahren 1975-1979) jagte man in Kambodscha den Kleinbürger, der der Revolution feindlich gesonnen sei. Heute verfolgt man in Frankreich den Patrioten, der dem Multikulturalismus feindlich gesonnen sei, (...) vollkommen im Geiste der Roten Khmer des Pol Pot.“ (Sic)[5]

Bei dem auf politische Themen spezialisierten französischen TV-Sender Public Sénat debattierte am 13. Oktober d.J. der prominente (konservative) Fernseh- und Radiojournaliste Jean-Pierre Elkabbach mit Richard Millet. Dieser verbreitete sich dort in larmoyanter Weise über seine „soziale Existenzvernichtung“ und rechtfertigte sich ansonsten, auch wenn er – vom Diskussionspartner bedrängt – am Schluss „einen Fehler“ einräumte. Nämlich den, „nicht über die Opfer (Anm.: Breiviks) gesprochen zu haben“, was er laut der Formulierung Elkabbachs „jetzt nachhole“.[6] - Die Aufnahme wurde am selben Tag, am 13.10.2012, unter dem Titel Richard Millet vs Elkabbach auch auf die rassistische und faschistische Webseite F de souche (von „français de souche“, das Wort für „Abstammungsfranzose“) gestellt. Dort wird aber nicht nur die Kontroverse dokumentiert: In der Spalte direkt daneben, auf der rechten Seitenhälfte, findet sich ein Feld für die Bestellung seiner Bücher, unter dem expliziten Titel „Unterstützung für Richard Millet.“[7]

Bernhard Schmid, Paris ■

Anmerkungen:

1 (Vgl. http://www.faz. net/aktuell/feuilleton/gespraech-mit-richard-millet-was-breivik-uns-sagen-wollte-11896090.html)

2 Vgl. http://www.liberation.fr/livres/2012/09/05/richard-millet-soldat-perdu_844210)

3 gl. http://www.robertmenard.fr/2012/08/30/en-defense-de-richard-millet/)

4 Vgl. http://www.francetvinfo.fr/pour-la-mairie-de-beziers-robert-menard-est-pret-a-s-allier-avec-le-fn_115017.html

5 Vgl. zu den rechtsextremen Reaktionen im Internet u.a. auch http://tempsreel.nouvelobs. com/le-dossier-de-l-obs/20120921. OBS3201/internet-la-reacosphere-en-ebullition.html

6 Vgl. die Aufzeichnung des Gesprächs u.a. hier: http://www.youtube. com/watch? v=9xzZklc4Ygs

7 vgl. http://www.fdesouche.com/millet/

„Sozialforum Migration“ im marokkanischen Oujda

Auf eine Initiative des „Sozialforum Maghreb“ hin versammelte sich am Wochenende des 6./7. Oktober 12 ein Sozialforum Migration (Forum social des migrants) in Oujda, im Nordosten Marokkos, in wenigen Kilometern Entfernung von der Grenze zu Algerien. Dabei sollte es sowohl um die Situation von EinwandererInnen aus dem Maghreb in europäischen Ländern, als auch um jene von Einwanderern sowie von Migranten auf „Zwischenstation“ (in Richtung Europa) in den nordafrikanischen Ländern selbst gehen. Dies vor einem doppelten Hintergrund: im Kontext der allgemeinen Forderung nach offenen Grenzen und der Bekämpfung von Rassismus überall, sowie in der Perspektive der Vorbereitung des Weltsozialforums 2013.

Dazu kamen in Oujda rund 500 Menschen zusammen. Eine Mehrheit von ihnen kam aus Marokko, unter ihnen circa 180 subsaharische Einwanderer, die derzeit in dem Maghreb-Land leben. Hinzu kamen Menschenrechts-AktivistInnen, GewerkschafterInnen und Intellektuelle sowie Vertreter sozialer Bewegungen aus unterschiedlichen Spektren in Marokko. Aus Frankreich, Belgien und Spanien waren NGO-VertreterInnen, Aktive aus antirassistischen Organisation (wie SOS Migrants Brüssel) oder europäisch-maghrebinischer Vereinigungen wie der FTCR („Verband der Tunesier für Bürgerrechte auf beiden Ufern“, gemeint: des Mittelmeers) oder ATMF („Vereinigung der maghrebinischen Arbeiter in Frankreich“) angereist. Unter ihnen auch der Verfasser dieser Zeilen.

Parallel dazu fanden in den algerischen Städten Oran und Algier vergleichbare Foren, veranstaltet von Menschenrechtsvereinigungen und unabhängigen Gewerkschaften, statt.

Vorbereitung des WSF 2013 in Nordafrika

Am Samstag früh gegen 09.30 Uhr begann die Veranstaltung im „Aktivitäts- und Fortbildungszentrum der Vereine/ Bürgerinitiativen“ (Espace de formation et d'animation du Tissu associatif) in einem Vorort der Halbe-Million-Einwohner-Stadt Oujda. Bei angenehmen 30° Celsius Außentemperatur tröpfelten die TeilnehmerInnen ein. Bei einer ersten Runde am Vormittag betonten Redner wie Mohieddine Cherbib von der in Paris ansässigen FTCR (vgl. oben) die Einbettung der Migranten-Solidarität in einen thematischen Zusammenhang mit den sozialen und demokratischen Kämpfen in Nordafrika. Das diesjährige „Sozialforum Migration“ (welches das zweite seiner Art bildete, nach einer ersten ähnlichen Veranstaltung in Brüssel am 18. Dezember 2010) bildete einen integralen Bestandteil für die Vorbereitung des Weltsozialforums in Tunesien 2013. Letzteres, das wiederum eine Verbindung zwischen den weltweiten sozialen Bewegungen und den Umbrüchen in der arabischsprachigen Welt seit dem Winter 2010/11 herstellen soll, findet vom 26. bis 30. März 13 in Tunis statt.

Bereits beim ersten Sozialforum, das im Maghreb stattfand – 2008 im marokkanischen El-Jedida, als alle Staaten der Region noch ausnahmslos autoritär regiert wurden – war die Solidarität mit den Einwanderern ein wichtiges Thema, wie Driss El-Korchi betonte.

Bereits damals war eine starke Präsenz von subsaharischen Einwanderern sowie eine Zusammenarbeit mit senegalesischen und malischen (also westafrikanischen) Vereinigungen zu verzeichnen. Zwei Jahre später forderte die Versammlung vom Dezember 2010 in Brüssel zu einer besseren Garantie der Rechte von Einwanderer, sei es in Europa oder in Nordafrika selbst, auf. Seitdem hat sich an dieser Front nicht viel getan: Die europäischen Staaten haben die „Internationale Konvention für die Rechte von Migranten und ihrer Familien“ (die im Jahr 1980 im Rahmen der UN ausgehandelt worden war) nicht ratifiziert, wozu das „Sozialforum Migration“ in Brüssel sie aufgefordert hatte. Umgekehrt haben die nordafrikanischen Länder sie zwar ratifiziert, setzen sie aber zum Großteil nicht in die Praxis um. Migranten, die über Nordafrika nach Europa (oder in die spanischen Enklaven auf dem Boden Marokkos, Ceuta und Melilla, und dadurch auf EU-Territorium) zu gelangen versuchen, werden durch die Polizei gejagt, schikaniert, verfolgt, in die Wälder im Hinterland von Ceuta & Melilla getrieben oder in der Wüste ausgesetzt. Was sich seit 2008 bzw. 2010 hingegen verändert hat, ist, dass die Staaten Nordafrikas weitaus stärker selbst zu Einwanderungsländern geworden sind. Historisch stellten sie eher Auswanderungs- und später Durchgangsländer auf dem Weg nach Europa dar. Doch in den allerletzten Jahren werden sie immer stärker vom Transit- zum Aufenthaltsland. Zahlreiche Migranten geben, wie seit 2007 verstärkt zu beobachten ist, ihren Traum vom Weiterkommen nach Europa im Endeffekt auf und lassen sich in Marokko oder den Nachbarländern nieder – wo die Lebensbedingungen oft immer noch besser sind, als in ihren Herkunftsländern südlich der Sahara. Daraus resultiert eine neue Dimension von Kämpfen um Anerkennung, um Rechte am Aufenthaltsort.

Eine besonders dramatische Situation erleben dabei oft die Frauen, denen etwa die in Marokko (wo sie einstmals als Studentin anfing) lebende Kamerunerin Mariam Hélène Yamta in einem eigenen Beitrag ausführte, aber auch durch andere ZeugInnen und Aktive immer wieder betont wurde. Zu den immer wiederkehrenden Berichten zählten Feststellungen, dass Frauen von marokkanischen oder algerischen Polizisten – die sie an der Durch- und Weiterreise hindern, aus Grenznähe in abgelegene Regionen abschieben oder vertrieben – als „Freiwild“ für sexuelle Gewalt behandelt werden. Dass ihnen der

Tag des Flüchtlings: PRO ASYL warnt vor Stimmungsmache

Anlässlich des bundesweiten Tages des Flüchtlings fordert PRO ASYL ein Aufnahme- und Integrationskonzept für Flüchtlinge. In den letzten Jahren seien Aufnahmekapazitäten plan- und konzeptionslos abgebaut worden. Dies sei der Grund für die Unterbringungsprobleme von Flüchtlingen in einigen Regionen Deutschlands.

Niemand kann davon ausgehen, dass die Konflikte in Syrien, Irak, Iran und Afghanistan kurzfristig beendet sein werden. In den ersten acht Monaten dieses Jahres haben in Deutschland 33 284 Menschen Asyl beantragt, 5005 mehr als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Die Hauptherkunftsländer waren Afghanistan (4781), Irak (3517), Serbien (2749), Syrien (2963) und Iran (2582).

PRO ASYL warnt vor einer „verbalen Aufrüstung" gegen Flüchtlinge in einigen Städten Deutschlands. Worte wie „Ansturm", „Notstand", „Flüchtlingssturm" schürten Bedrohungsängste in der Bevölkerung. Der Anstieg der Flüchtlingszahlen sei überschaubar. Es sei unsinnig, den Anstieg der Flüchtlingszahlen in Verbindung zu bringen mit der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 18. Juli 2012, die Sozialleistungen für Asylbewerber auf Hartz-IV-Niveau anzugleichen.

„Keiner flieht wegen ein paar Euro mehr aus Syrien oder Afghanistan nach Deutschland", sagte Günter Burkhardt, Geschäftsführer von PRO ASYL. Die Gründe für die Flucht seien Krieg, Unterdrückung und völlig unsichere Schutzperspektiven in den Nachbarstaaten.

PRO ASYL appellierte an den Bundesrat, bei den am morgigen Tag des Flüchtlings stattfindenden Sitzungen in die Zukunft weisende Lösungen zu erarbeiten. PRO ASYL fordert das Asylbewerberleistungsgesetz abzuschaffen und unterstützt die Initiative verschiedener Bundesländer. Das AsylbLG grenze Menschen aus und verhindere Integration. Eine frühestmögliche Integration sei sowohl in ihrem als auch im Interesse der Bundesrepublik. „Integration muss am ersten Tag beginnen", sagte Günter Burkhardt. „Ein Aufnahme- und Integrationskonzept muss erarbeitet werden."

Dazu gehören auch der Zugang zu Deutschkursen, zum Ausbildungs- und Arbeitsmarkt sowie eine Unterbringung in Wohnungen. Individuelle Kontakte zu den Menschen wecken Verständnis. Massenunterkünfte fördern Bedrohungsszenarien.

Presseerklärung PRO ASYL 27. September 2012 ■

Hände weg vom Asylrecht

BERLIN. „Mit ihren populistischen Kampagnen gegen Asylsuchende aus Serbien und Mazedonien schüren Union und SPD in unverantwortlicher Weise Ressentiments und schaden dem Asylrecht", kritisiert die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE die Debatte um Flüchtlinge aus den Balkan-Staaten. Ulla →

Zugang zu Krankenhäusern, insbesondere um ihre Kinder auf die Welt zu bringen, verwehrt werde und dass den Kindern die Einschreibung in marokkanische Schulen verweigert werde. In vielen Fällen haben Kinder von „illegalen" Ein- oder DurchwanderInnen, die in Marokko geboren wurden, keinerlei „legale Existenz", da die Behörden ihren Müttern die Ausstellung von Geburtsurkunden oder anderen amtlichen Dokumenten verweigern. (In dieser Hinsicht ist die Situation sogar noch wesentlich übler als etwa in Frankreich, wo „illegalen" EinwanderInnen zumindest der Zugang zur Gesundheitsversorgung als elementarem Rechtsgut gewährleistet sowie die Schulpflicht auch für ihre Kinder respektiert und durchgesetzt wird.)

Tote in Ceuta & Melilla

Wie der kamerunische Migrant – der frühere Durch- und Einwanderer in Marokko lebt heute in Frankreich – und Schriftsteller Fabien Didier berichtete, gibt es ferner bis heute kein Untersuchungsverfahren gegen die Urheber der Todesschüsse vom Oktober 2005, die 14 Migranten bei einem Durchbruchsversuch am Zaun von Melilla das Leben kosteten. Spanische und marokkanische Grenzbehörden sowie Polizisten schieben sich eifrig gegenseitig die Verantwortung zu. Dabei müsste es anhand von Aufnahmen, aber auch durch eine Untersuchung der eingesetzten Munition sowie durch ballistische Analysen leicht festzustellen sein, von wem bzw. welcher Seite die 14 Menschen erschossen und Dutzende weitere verletzt wurden.

Ein Teil der Diskussion am Nachmittag war ferner der Schließung der Grenzen innerhalb des Maghreb gewidmet. Seit 1994 (damals diente ein Attentat in Marrakech als Vorwand, das aber nicht durch Algerier oder Marokkaner verübt wurde, sondern durch durchgeknallte junge Franzosen mit djihadistischer Ideologe) ist die Grenze zwischen Marokko und Algerien vollkommen dicht. Nach der Grenze zwischen Nord- und Südkorea ist sie eine der am längsten und vollkommsten geschlossenen Grenzen auf dem Planeten, seitdem es keinen Ostblock mehr gibt. Örtliche AnwohnerInnen mit Familienhintergrund auf beiden Seiten der Grenze, wie die Referentin Fatiha, berichteten über die teilweise dramatischen menschlichen Auswirkungen. Ursächlich für diese Politik der hermetischen Abriegelung unter Nachbarländern sind (neben politischen Konflikten zwischen beiden Regierungen um die Westsahara) u.a. die Nebenwirkungen bei der Umsetzung des nach Nordafrika ausgelagerten EU-Grenzregimes. Aber auch dadurch, dass die jeweilige einheimische Mafia durch die Grenzschließung am Schmuggel verdienen kann, sitzen Profiteure in den jeweiligen Regimes.

Die Veranstaltung endete am Sonntag mit der Annahme einer „Erklärung von Oujda" (vgl. *http://www.e-joussour.net/node/11823* oder *http://www.dailymotion.com/video/xu9ich_declaration-d-oujda-un-autre-maghreb-et-une-autre-politique-migratoire-sont-possibles-les-migrants-l_news*) Diese fordert u.a. eine Öffnung der Grenzen innerhalb der Maghreb-Region (Marokko, Mauretanien, Algerien, Tunesien, Libyen). Auch sollen alle Orte, an den Migranten aufgrund ihrer „illegalen" Wanderungssituation eingesperrt oder eingeschlossen sind, abgeschafft werden. Ein besonderes Augenmerk soll der Garantie der Rechte von weiblichen Migrantinnen, die besonderen Gewaltverhältnissen ausgesetzt sind, gelten.

Am Sonntag, den 7. Oktober fand zudem ein Sit-in an der geschlossenen Grenze zwischen Algerien und Marokko, in unmittelbarer Nähe von Oujda, statt. Über die Sitzblockade und das damit verbundene Anliegen, den Wunsch nach Öffnung der Grenzen im Maghreb, berichteten die Medien auf beiden Seiten der marokkanisch-algerischen Grenze an den darauffolgenden Tagen ausführlich.

Migranten-Gewerkschaft

Am Samstag Abend fanden neben dem „offiziellen" Programm (das teilweise auch durch seine Beschränkungen auffiel, die Institutionalisierungstendenzen geschuldet sind: neben den Podiums-Redner/inne/n kam das Publikum am Samstag zu wenig zu Wort, was durch die subsaharischen Afrikaner z.T. heftig kritisiert wurde) „selbstverwaltete" Workshops statt.

Besonders hervorzuheben ist dabei das Gewerkschaftsforum, das durch die marokkanische Gewerkschaft ODT (Organisation démocratique du travail) angeboten wurde und an dem rund 70 Menschen teilnehmen, in deutlicher Mehrheit subsaharische Lohnabhängige in Marokko. Die ODT ist eine junge Gewerkschaftsvereinigung – sie wurde am 5. August 2006 gegründet –, die gewisse Ähnlichkeiten zu den SUD-Basisgewerkschaften in Frankreich aufweist und zu deren Dachverband Solidaires Kontakte hält. Seit dem 1. Juli 2012 verfügt sie über eine eigene Mitgliedsgewerkschaft für Arbeitsmigranten, deren Mitglieder sehr zahlreich vertreten waren. *Bernhard Schmid, Paris* ■

Jelpke weiter: „Kaum sind die Krokodilstränen zum Jahrestag des Pogroms in Rostock-Lichtenhagen getrocknet, bildet sich schon wieder eine Große Koalition, die das Asylrecht ins Visier nimmt. Wie vor 20 Jahren geht es auch jetzt in erster Linie gegen Roma.

Flüchtlingszahlen aus Serbien und Mazedonien sind auch in den vergangenen Jahren im Herbst jeweils angestiegen. Statt auf populistischen Alarmismus zu setzen, sollte die Politik sich dafür einsetzen, dass die Lage der Roma in ihren Herkunftsländern verbessert wird. Denn sie fliehen vor existenzieller Armut und Diskriminierung.

Der Asylgrundsatz sieht vor, dass jeder Antrag geprüft wird. Eine Unterscheidung nach erwünschten und nicht erwünschten Herkunftsländern widerspricht diesem Grundgedanken, ebenso wie Friedrichs Forderung nach Aussetzung der Visumfreiheit.

Antiziganistische Vorbehalte in der Bevölkerung zu schüren, ist unverantwortlich. Flüchtlinge haben ein Recht auf faire Behandlung. Dazu gehört auch die Abschaffung diskriminierender Regelungen wie die Residenzpflicht. Ich werde mich deshalb an der Demonstration des Flüchtlingsmarsches beteiligen, die morgen zum Bundestag ziehen wird."

Ulla Jelpke, MdB, Innenpolitische Sprecherin Fraktion DIE LINKE. ■

Bundesrat läutet das Ende des Asylbewerberleistungsgesetzes ein

Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts (BverfG) zum verfassungswidrigen Asylbewerberleistungsgesetz vom 18.7.2012 wird im Bundesministerium für Arbeit und Soziales derzeit eifrig an einer Reform des AsylbLG gearbeitet. Eine Ministeriumssprecherin bestätigte am vergangenen Freitag, dass für diese Woche die ressortübergreifende Abstimmung anstehe.

Bei der Überarbeitung steht auch das Sachleistungsprinzip in Frage. Denn es ist nicht nur menschenunwürdig, Flüchtlinge über Jahre in Sammellagern unterzubringen und mit Essens- und Hygienepaketen zu versorgen, es ist auch noch extrem teuer. Nach Berechnungen des statistischen Bundesamts lagen die Ausgaben nach dem Asylbewerberleistungsgesetz in 2011 im Bundesdurchschnitt pro Person bei 6.320 Euro. Bayern hingegen, das Bundesland mit der höchsten Sachleistungsquote bei der Versorgung von Flüchtlingen, lag bei 8.890 Euro pro Person, also rund 40 % über dem Bundesdurchschnitt.

Derweil gehen die Bundesländer Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein und Brandenburg einen Schritt weiter und wollen mit einem Entschließungsantrag im Bundesrat gleich die komplette Abschaffung des AsylbLG erreichen. Sie beziehen sich in ihrer Begründung direkt auf das Urteil des BVerfG vom 18.7.2012. Danach darf es nur eine einzige Berechnungsmethode für ein menschenwürdiges Existenzminimum geben, das für alle BezieherInnen von Sozialleistungen in Deutschland gilt. Dieses darf nicht durch migrationspolitische Erwägungen relativiert werden. Nach Ansicht der Bundesländer sei deshalb eine weitere Diskriminierung von Flüchtlingen durch das AsylbLG nicht zu rechtfertigen, sie sollen zukünftig Leistungen nach Sozialgesetzbuch II und XII bekommen. Der Antrag wird am Freitag, den 12.10.2012 im Bundesrat behandelt.

„Wir begrüßen diese Initiative zur Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes, das zur Rechtfertigung der langjährigen Unterbringung in menschenunwürdigen Flüchtlingslagern in Bayern dient", erklärt Alexander Thal, Sprecher des Bayerischen Flüchtlingsrats. „Wir fordern die bayerische Staatsregierung auf, diesen Entschließungsantrag uneingeschränkt zu unterstützen. Sollte die CSU sich dem widersetzen, fordern wir von der bayerischen FDP, für die Enthaltung Bayerns im Bundesrat zu sorgen."

Quelle: Bayerischer Flüchtlingsrat ■

Naziangriff auf Flüchtlingslager

Dahme. Am 9.10. zum frühen Morgen hin wurde das Flüchtlingslager in Waßmannsdorf, Landkreis Dahme-Spreewald von Nazis mit Steinen angegriffen. Es wurde der Zaun, der das Kasernengelände umgibt, zerschnitten, Fenster und eine Tür mit Steinen eingeworfen, Farbbeutel geschmissen, ein Hakenkreuz und der Spruch „Rostock ist überall" gesprüht. Es wurde niemand verletzt. Der Staatsschutz ermittelt.

Waßmannsdorf ist ein Ortsteil von Schönefeld, der unmittelbar an den Berliner Stadtteil Rudow grenzt. Dort lud die CDU am selben Abend wegen einer geplanten Notunterkunft für neuankommende Flüchtlinge zu einer Bürgerversammlung ein (Containerunterkünfte auf einem Grundstück in Rudow, das angeblich als Schulstandort für eine neu zu bauende große Gesamtschule vorgesehen war).

Quelle: http://www.fluechtlingsrat-brandenburg.de 9. Oktober 2012 ■

Aziz L. nach rechtswidriger Abschiebung wieder in Deutschland

Niedersachsen. Der afghanische Flüchtling Aziz L., der am 21. August 2012 rechtswidrig aus Nordrhein-Westfalen nach Italien abgeschoben wurde, ist wieder zurück in Deutschland. Er konnte am 25.9. wieder einreisen, alle Kosten wurden vom Staat übernommen. Die Staatsanwaltschaft hat nach einer Strafanzeige des Hamburger Rechtsanwalts Carsten Kerschies gegen die Bundespolizei ein Ermittlungsverfahren wegen Freiheitsberaubung eröffnet. Es stellt sich die Frage, warum die Bitte des Verwaltungsgerichts Oldenburg an die Behörden, durch den Vollzug der Abschiebung keine vollendeten Tatsachen zu schaffen, ignoriert wurde, warum auch die telefonische Auskunft der Ausländerbehörde an die Bundespolizei, dass das Gericht eine Aussetzung der Abschiebung angeordnet habe, nicht ausreichte, und warum Aziz L., nachdem das entsprechende Fax der Ausländerbehörde eine Minute nach Abflug bei der Bundespolizei einging, nicht wenigstens sofort wieder zurückgeflogen wurde.

Quelle: Flüchtlingsrat Niedersachsen 09.10.2012 ■

Gutscheine abschaffen! Bargeld für Asylsuchende

Sachsen. Als letzter Landkreis in Sachsen vergibt der Landkreis Leipzig noch immer Gutscheine an Asylsuchende. Bereits im Sommer boykottierten rund 80 Flüchtlinge aus den Gemeinschaftsunterkünften Thräna, Elbisbach und Hopfgarten zwei Wochen lang die Ausgabe von Gutscheinen und forderten mit dem Boykott die sofortige Umstellung auf Bargeld.

Der neuste Trend des Landkreises ist die Auszahlung von 1, 2 und 5 Cent Gutscheinen an die Asylsuchenden. Jeder Gutschein darf erst an der Kasse unterschrieben werden, was folglich zu langen Wartezeiten für andere Kund_innen führt, welche in ihrem Frust nicht selten mit rassistischen, ausländerfeindlichen Parolen gegen die Asylsuchenden hetzen.

Wie sinnlos, zeit- und kostenaufwendig die Gutscheinversorgung ist, zeigt das Video unter dem folgenden Link: http://www.youtube.com/watch?v=jKse-ADrDI-c&feature=youtu.be. Klickt auf den Link, verbreitet ihn und unterstützt die betroffenen Asylsuchenden im Landkreis Leipzig, indem ihr Landrat Dr. Gey freundlich auffordert, das Gutscheinsystem abzuschaffen und es damit den anderen Landkreisen und kreisfreien Städten in Sachsen gleich zu tun.

Quelle: info@boncourage.de 9.10.2012 ■

Lagersystem gerät aus den Fugen

In Bayern steigt die Zahl der Asylbewerber auf niedrigem Niveau an. Deshalb bricht in Bayern der offene Notstand aus: Die für 500 Personen ausgelegte Erstaufnahmeeinrichtung (EA) in Zirndorf war zwischenzeitlich mit fast 800 Personen total überfüllt, weshalb das Bayerische Rote Kreuz Zelte aufgebaut hat, um die Unterbringung der neu ankommenden Flüchtlinge gewährleisten zu können.

Dieser Notstand ist die Folge der rigiden

Lagerpflicht für Flüchtlinge in Bayern, denn Flüchtlinge müssen im Anschluss an die EA in Sammellagern untergebracht werden. Diese sind jedoch genauso überfüllt, wie die EAs in Zirndorf und München. Deshalb verbleiben neu angekommene Flüchtlinge wesentlich länger in der EA, als die vorgesehenen drei Monate. Aus purer Not heraus werden die Landkreise und kreisfreien Städte in die Pflicht genommen, innerhalb von 3-4 Tagen Kontingente von 15-20 Personen unterzubringen. Damit steht die bayerische Lagerpflicht grundsätzlich in Frage: Obwohl sie in Lagern untergebracht werden müssten, kommen die meisten neu angekommenen Flüchtlinge in Wohnungen oder Pensionen.

Derweil bricht innerhalb der bayerischen CSU der Konflikt um die bayerische Asylpolitik offen aus. Innenminister Joachim Herrmann und Sozialministerin Christine Haderthauer wollen zwar strikt an der bayerischen Lagerpflicht für Flüchtlinge festhalten. Die CSU-Abgeordneten im Sozialausschuss des Bayerischen Landtags fordern hingegen eine grundsätzliche Überprüfung der Asylpolitik in Bayern.

http://www.fluechtlingsrat-bayern.de ■

Flucht ist kein Verbrechen

Berlin. „Flüchtlingen in Deutschland werden Menschenrechte verweigert. Sie werden systematisch entrechtet und sozial ausgegrenzt. Das muss ein Ende haben", erklärt Sevim Dagdelen, migrationspolitische Sprecherin der Linksfraktion im Bundestag anlässlich des Internationalen Tags des Flüchtlings. Dagdelen weiter: „Die Kriminalisierung von Flüchtlingen in Deutschland muss aufhören. Das Motto des diesjährigen Tag des Flüchtlings lautet zurecht: ‚Flucht ist kein Verbrechen!'. Menschen, die vor Hunger und Verfolgung fliehen, sind keine Verbrecher. Sie haben Rechte. Deshalb muss das diskriminierende Asylbewerberleistungsgesetz, die Abschiebungshaft und die Residenzpflicht für Asylsuchende abgeschafft und ein effektiver Schutz von Flüchtlingen entsprechend internationaler Konventionen endlich umgesetzt werden. Auch Flüchtlinge dürfen nicht von Integrationsmaßnahmen ausgeschlossen werden und müssen ein Recht auf Arbeit haben. Nötig ist auch eine gesetzliche Bleiberechtsregelung. Länger hier lebende geduldete Flüchtlinge und Asylsuchende muss ein Rechtsanspruch auf Aufenthalt verschafft und ihre Integration ermöglicht werden.

DIE LINKE tritt für eine menschenrechtlich fundierte humanitäre Flüchtlingspolitik ein, nicht nur in Deutschland sondern auch auf europäischer Ebene. Wer aus politischen oder ethnischen Gründen, wegen des Geschlechts oder der sexuellen Orientierung verfolgt wird, wer um seine körperliche Unversehrtheit oder gar um sein Leben fürchten muss und sich auf der Flucht befindet, darf nicht abgewiesen werden."

Pressemitteilung Sevim Dagdelen (MdB DIE LINKE) Berlin, 27.9.2012 ■

Neues zum Thema Wohnen in Bremen/ B-Schein

Bremen. Das Amt für soziale Dienste (AfsD = Sozialamt) übernimmt ab sofort, so hat es die Sozialbehörde am 26.9.2012 veröffentlicht, Mietkautionen bzw. Deponate und Genossenschaftsanteile von Asylsuchenden beim Erstbezug in die eigene Wohnung! Ergänzend wurde erreicht, dass „Geduldete" (und entgegen der Pressemitteilung des Senats leider nur „Geduldete") ab sofort einen Wohnbezugsschein (B-Schein) beantragen können. Zuständig ist das Ressort Bau und Umwelt. Weitere Schritte werden für Jahresende erwartet: u.a. Reduzierung der Mindestaufenthaltsdauer, Ausbau der „Betreuung", im Heim und ambulant.

Damit ist eines von vielen strukturellen Hindernissen, die Flüchtlingen die Wohnungssuche erschwert, abgeschafft. Wichtig bleibt, so die Forderungen der Flüchtlinge, Initiativen und AktivistInnen, weitere Schritte umzusetzen. Dazu gehört u.a. der Verzicht auf Kostenübernahmescheine (KÜ) für die Erstausstattung, strukturelle Unterstützung bei der Wohnungssuche (nach wie vor stehen den Menschen keine Internetzugänge in den Heimen zur Verfügung) sowie eine bedarfsdeckende personelle Struktur. In Huchting haben über 170 Menschen nur einen (1) Ansprechpartner für gesundheitliche, soziale oder organisatorische Fragen inkl. der Wohnungssuche. Die Begleitung zu Behörden, Ärzten oder anderen Terminen werden nach wie vor von unbezahlten, ehrenamtlichen UnterstützerInnen geleistet.

Unsere Forderungen bleiben: Lager abschaffen, ein menschenwürdiges Leben für Geflüchtete ermöglichen und alle strukturellen Hindernisse abbauen!

Quelle: Flüchtlingsrat Bremen 28.9.2012 ■

Preis für die größtmögliche Gemeinheit 2012

Thüringen. Der Preis für die größtmögliche Gemeinheit wurde in diesem Jahr durch den Flüchtlingsrat Thüringen e.V. an die Landrätin des Landkreises Greiz, Frau Schweinsburg, für den seit vielen Jahren andauernden besonders restriktiven und diskriminierenden Umgang mit Flüchtlingen im Landkreis Greiz verliehen. Ein angebotener Gesprächstermin zur Übergabe des Preises wurde von Frau Schweinsburg mit harten Worten zurückgewiesen. „Die Reaktion der Greizer Landrätin bestätigt nur, was letztlich Grundlage auch für unsere Entscheidung zur diesjährigen Preisvergabe gewesen ist. Im Greizer Landratsamt werden bewusst Gesetze außerordentlich restriktiv angewandt und damit Flüchtlinge besonders diskriminiert. Die Landrätin entzieht sich dabei seit Jahren jeder Kritik und jedem Ansatz, im Interesse hier seit vielen Jahren lebender Menschen im Rahmen bestehender Gesetze deren Lebenssituation zu verbessern, wie dies andere Landkreise in Fragen der Unterbringung und Leistungsgewährung längst getan haben", so Steffen Dittes, Vorsitzender des Flüchtlingsrates Thüringer e.V.

Die Weigerung und Drohung von Frau Schweinsburg haben aber auch eine positive Wirkung. So wurde der für sie angedachte Preis, ein T-Shirt mit der Aufschrift „Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geist der Brüderlichkeit begegnen" (Artikel 1 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte), am Tag des Flüchtlings auf einer Veranstaltung des Flüchtlingsrates in Erfurt zu Gunsten des Vereines AufAndHalt e.V. versteigert.

„Mit dem Erlös von über 170 Euro unterstützen wir die wichtige und notwendige Arbeit des Vereins in Greiz und freuen uns darüber, dass Frau Schweinsburg mit ihrer Verweigerung diesen tollen Erlös im Interesse der Flüchtlinge möglich gemacht hat." *PM Flüchtlingsrat Thüringen* ■

Wir fordern: alle bleiben! Unterschriftenaktion!

Auch in diesem Jahr wollen wir wieder wie schon 2011 unsere Stimmen an die Innenminister richten, die sich dieses Jahr vom 5.-7.12.2012 in Warnemünde treffen wollen. Warnemünde ist nur 3 Kilometer von Rostock-Lichtenhagen entfernt, wo es vor 20 Jahren zu tagelangen rassistischen Ausschreitungen gegen ein von Ausländern bewohntes Wohnheim und eine Aufnahmestelle für Flüchtlinge kam. Dieser erschreckende Gewaltausbruch zeigt, wohin Fremdenfeindlichkeit, provozierende Medien und instrumentalisierende Politik führen können.

Nach wie vor werden Roma Monat für Monat nach Kosovo und Serbien abgeschoben. Auch 2012 wurden Familien auseinander gerissen und alleinstehende alte oder kranke Menschen sich selbst überlassen. Die kosovarische Regierung redet die ganze Situation schön, um durch die Aufnahme von Abgeschobenen Visaliberalisierungen zu erreichen und die verantwortlichen deutschen Stellen glauben diesen Heucheleien allzu oft gerne anstatt kritisch nachzufragen oder zu prüfen.

Die betroffenen Roma haben bei all diesen politischen Entscheidungen, die ihr Schicksal und die Zukunft ihrer Kinder bestimmen, offensichtlich keinerlei Mitspracherecht. Wir fordern daher immer noch: Alle bleiben! Onlinepetition unter **http://www.alle-bleiben.info** ■

Philipp Schläger AMERIKAS NEUE RECHTE

Angesichts des Wahlkampfs in den USA: das richtige Buch zum richtigen Zeitpunkt. Es zeigt die Gründe für das Entstehen der rechtsextremen Tea Party-Bewegung, deren Entwicklung und wie stark sie ihre Positionen in der Republikanischen Partei verankern konnte.

Entstanden ist sie mit vereinzelten Demonstrationen unmittelbar nach Obamas Amtsübernahme Januar 2009 und sie „entwickelte sich bald unter den Parolen von „weniger Staat“ und „weniger Steuern“ zu einer nationalen Bewegung, die ein Sammelbecken für unterschiedlichste politische Strömungen des rechten Rands wurde“ (S. 15). Ihre inhaltlichen Positionen sind ein kruder Mix aus radikalem Liberalismus, Verherrlichung der „Größe Amerikas“, Waffenfanatismus, Rückgriff auf die Religion als gesellschaftliches Regulativ etc.

Ihre Netzwerke haben einen reaktionären Background, ihre Financiers sind Großkapitalisten und Multis – entgegen allem Geschwätz „gegen die da oben“. Sarah Palin eine der Ikonen der Tea Party: „Wir sind wütend auf die da oben“.

Entstehen und Ausbreiten konnte sie sich auch wegen der gebrochenen Versprechen Obmamas („hope“, „change“) und dem Fehlen einer linken Alternative.

Die Tea Party konnte einen sehr steilen Aufstieg verzeichnen, wobei – insbesonders – die konservativen Medien kräftig mitmischten (S.105ff). Schläger unterstreicht zurecht, dass man den Hänger der Tea Party 2011 nicht überbewerten soll. Sie hatte nämlich bereits kräftig Fuß in der Republikanischen Partei gefasst!

Mitt Romney heult heute kräftig mit den Wölfen, obwohl er selbst als Gouverneur von Massachusetts eine Gesundheitsreform einführte, an der sich später Obama orientierte...

Egal wie die Wahlen ausgehen werden, die Tea Party wird weiter stark den politischen Diskurs prägen.

Der Autor unterstreicht zurecht: Nur wenn eine breite Bewegung von links entsteht – und nicht mehr in Obama „vertraut“wird (siehe auch das Buch Schlägers „Der entzauberte Präsident) – werden sich die Dinge zum Positiven ändern (S. 270).

Wer über eine rechtsextreme Massenbewegung, über die Hintergründe des Wahlkampfs, die aktuellen Lage des US-Imperialismus etwas Relevantes erfahren will, sollte unbedingt zu dem Buch greifen.

Zwei Schwächen sind mir aufgefallen:

– die traditionell-zentrale-Rolle der Religion in den USA wird nicht ausreichend belichtet

– Schläger verwendet einen sehr weiten Begriff von „links“. Und unterliegt auch dem–- neokeynesianischen – Mythos vom „New Deal“ Roosevelts der 30er-Jahre. In Wirklichkeit startete jedoch der Arbeitsmarkt erst mit dem Eintriit der USA in den 2. Weltkrieg durch (Aufblähung der Rüstung, Massenrekrutierung für die Armee,...).

Hermann Dworczak ■

Philipp Schläger: Amerikas Neue Rechte. Tea Party, Republikaner und die Politik der Angst. Rotbuch Verlag Berlin,2012, 286 Seiten, 15,40 Euro

Keine Ruhe für NS-Kriegsverbrecher!

Im Juli 2011 wuren am Ende eines über eineinhalbjährigen Verfahrens vor dem Militärgericht in der norditalienischen Stadt Verona sieben ehemalige deutsche Wehrmachtssoldaten wegen ihrer nachgewiesenen Beteiligung an mehreren Massakern an der italienischen Zivilbevölkerung während des Zweiten Weltkriegs zu lebenslangen Haftstrafen und Entschädigungszahlungen verurteilt. Allesamt waren sie Angehörige der Division „Hermann Göring“, einer „Eliteeinheit“ der Wehrmacht, die sich durch ideologische Überzeugung und Freiwilligkeit auszeichnete. 67 Jahre nach den Gräueltaten in der Toskana und der Emilia Romagna, bei denen mindestens 390 Menschen jedweden Alters ermordet wurden, war für die Überlebenden und die Angehörigen der Opfer nach jahrzehntelangem Kampf um offizielle Anerkennung zumindest auf dem Papier ein kleines Stück Gerechtigkeit hergestellt: Erstmals wurden zumindest einige der als Planer und Kommandanten hauptverantwortlichen Täter nach langen Jahren des Schweigens auch durch staatliche Behörden als solche beim Namen genannt: Hans Georg Karl Winkler, Fritz Olberg (†), Wilhelm Karl Stark, Ferdinand Osterhaus, Helmut Odenwald, Alfred Lühmann und Erich Koeppe haben sich als Soldaten Nazideutschlands des gemeinschaftlich begangenen, mehrfachen, schweren Mordes schuldig gemacht. Drei weitere Angeklagte waren bereits vor dem Urteilsspruch verstorben, zwei wurden freigesprochen. Sechs der verurteilten Kriegsverbrecher verbringen noch heute unbehelligt ihren Lebensabend in Deutschland.

Im Rahmen der Kampagne mai più fascismo arbeiten die beteiligten Gruppen bundesweit zu den Prozessen gegen die ehemaligen Wehrmachtssoldaten und Offiziere, die 1944 in Norditalien während der deutschen Besatzung Massaker verübten.

Ziel ist es, die Nazi-Kriegsverbrecher in ihrer unverdienten Altersruhe stören und sie nicht unkonfrontiert mit ihrer mörderischen Vergangenheit das Zeitliche segnen lassen. Wenigstens dort, wo es noch möglich ist, soll der deutsche Schlussstrich der Läuterung unter die mörderische NS-Geschichte, mit der nie nachhaltig gebrochen wurde, durchkreuzt werden.

Im Rahmen der Kampagne wird der Film „Die Geige aus Cervarolo“ (Nico Guidetti/Matthias Durchfeld, Italien 2012) in Hamburg, Osnabrück, Kiel, München, Nürnberg und Berlin gezeigt. Der Film dokumentiert die Kriegsverbrecher-Prozesse von Verona aus Perspektive der Überlebenden und Angehörigen der Opfer. Ihnen, die seit über 68 Jahren für Gerechtigkeit kämpfen, gibt der Film eine Stimme.



Die Filmemacher werden bei den Vorführungen in allen Städten zur weiteren Erläuterung der Hintergründe und zur Diskussion anwesend sein.

Den ausführlichen Aufruf mit einer historischen Einordnung und weitere Infos gibt es auf der Homepage http://maipiufascismo.blogsport.de/. Auf der Homepage ist auch ein Banner zum verlinken zu finden.

Daten der Filmtour:

28.10. HAMBURG
Metropolis, Theaterstr. 10, 17 Uhr
29.10. OSNABRÜCK
Filmtheater Hasetor, Hasestr. 71, 20 Uhr
31.10. KIEL
Kommunales Kino, Haßstr. 22, 20.30 Uhr (in Kooperation mit der Rosa Luxemburg Stiftung S-H)
19.11. MÜNCHEN
EineWeltHaus, Schwanthalerstr.80, 19.30 Uhr
20.11. NÜRNBERG
Filmhaus, Königstraßse 93, 19 Uhr
21.11. BERLIN
Moviemento, Kottbusser Damm 22, 19 Uhr (in Kooperation mit der Rosa Luxemburg Stiftung)

Die Kampagne mai più fascismo ist eine Initiative von:

[a²] Hamburg | AG Reggio Emilia Berlin | Autonome Antifa-Koordination Kiel | Avanti – Projekt undogmatische Linke (Berlin) | Geschichtswerkstatt Regionale Täterforschung Osnabrück | Infoladen Osnabrück

http://maipiufascismo.blogsport.de ■

Film: „Revision" – Die Anonymität der Toten an Europas Grenzen

Die filmische Dokumentation rekonstruiert einen Kriminalfall um zwei rumänische Flüchtlinge, die im Nirgendwo des deutschen Grenzgebiets tot aufgefunden wurden.

Mecklenburg-Vorpommern, Juni 1992. Auf einem Feld in der Nähe der Grenze zu Polen finden Vorbeikommende die Leichen zweier Männer, erschossen. Die Polizei wird später zwei Jäger dafür verantwortlich machen, die behaupten, sie hätten die Männer für Wildschweine gehalten. Der Zwischenfall ereignet sich zwei Monate vor den Überfällen in Rostock-Lichtenhagen.



Die beiden Getöteten sind die Flüchtlinge Grigore Velcu und Eudache Caldera. Sie gehören der Roma-Minderheit in Rumänien an. Einer von ihnen befindet sich auf der Rückkehr zu seiner Familie, die in einer Unterkunft für Asylsuchende bei Rostock lebt. Nach der Schändung des Grabes seiner Mutter in Deutschland hat er in Rumänien Papiere für die Überführung ihres Leichnams besorgt.

Erst sieben Jahre später fällt ein Gericht das Urteil über die beiden Jäger: Freispruch. Filmemacher Philip Scheffner erfährt bei seinen Recherchen: Das Feld, in dem die beiden Flüchtlinge erschossen wurden, brennt nur Stunden nach der Tat aus. Einer der beiden Männer war möglicherweise noch am Leben, als die Täter sich davon machten.

Doch die Ermittlungen werden schlampig geführt. Die Angehörigen der Toten werden nicht angehört. Erst 20 Jahre später erfahren sie durch den Berliner Filmemacher Näheres über die Todesumstände von Grigore Velcu und Eudache Caldera, und dass es den Prozess gegeben hat.

Was ist die Geschichte der beiden Männer? Warum starben sie? Es sind Fragen, auf die angesichts der mehr als 18 000 Menschen, die zwischen 1988 und 2012 an Europas Außengrenzen starben, eine Antwort aussteht. „Revision" ist ein Film über ein kollektives Verschweigen und eine kollektive Unterlassung von Hilfe, von Nachforschungen, wie sie auch heute jeden Tag an den Außengrenzen Europas stattfindet.

Täglich sterben Menschen bei dem Versuch, vor Elend und Verfolgung nach Europa zu fliehen. Sie sterben am Grenzzaun zwischen Marokko und der spanischen Enklave Melilla. Sie sterben auf Minenfeldern vor der griechisch-türkischen Grenze. Die immer stärkere Abschottung der Grenzen Europas zwingt Flüchtlinge auf immer gefährlichere Wege. Allein 2011 starben mehr als 2500 Menschen bei dem Versuch, das Mittelmeer in Richtung Europa zu überqueren. Ihre Namen, ihre Geschichten bleiben in Europa unbekannt.

„Revision" wirkt durch alle Erzählebenen hindurch wie ein Brennglas, das sich auf den menschenverachtenden Umgang mit Asylsuchenden richtet und den Rassismus im Umgang mit ihnen auf schmerzhafte Weise sichtbar macht. Der Film beschäftigt sich mit einem Vorgang von vor 20 Jahren. Doch bei den Gesprächen des Regisseurs mit den Angehörigen der Toten tritt eine Ignoranz der Öffentlichkeit in Deutschland zu Tage, die an die Ermittlungen gegen den NSU erinnert, bei denen Opfer zu Tätern gemacht wurden.

Philip Scheffner versucht mit seinem Film, den vermeintlich namenlosen Gestorbenen und ihren Familien einen Platz in der Geschichtsschreibung zu geben.

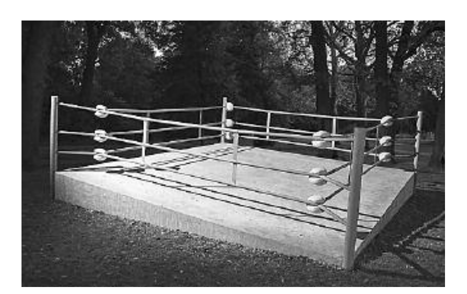
Quelle: www.proasyl.de ■

Temporäres Denkmal für Johann „Rukeli" Trollmann, Deutscher Meister im Halbschwergewicht, 1933

20.10.- 16.12.2012

Ein Werk der Künstlergruppe BEWEGUNG NURR.

Die BEWEGUNG NURR (Alekos Hofstetter/Christian Steuer/Florian Göpfert) wollen mit ihrer Installation bestehend aus einem stählernen Boxring mit Betonoberfäche ein temporäres Denkmal für einen außergewöhnlichen sinto-deutschen Boxer schaffen, dem aufgrund seiner ethnischen Wurzeln im Nationalsozialismus Erfolg und sozialer Aufstieg versagt blieben. Entrechtet und ausgegrenzt, verlor Johann Trollmann schrittweise seine Existenzgrundlage, wurde 1942 im KZ



Neuengamme inhaftiert und 1944 im KZ Wittenberge ermordet.

Die über eine Ringecke abgesenkte Boxringskulptur 9841 – der Titel greift die Häftlingsnummer Trollmanns aus dem KZ Neuengamme auf – übersetzt in originaler Größe die soziale und politische Gefährdung, die Trollmanns Leben beherrschte, in ein dreidimensionales Objekt. Die schräge Ebene des Boxrings garantiert keinen Halt mehr, so wie die brutale Diffamierung „nicht-arischer" Menschen im Dritten Reiches Trollmann sukzessive in den Abgrund von Rechtlosigkeit und Verfolgung zog. Er verlor nicht nur seinen rechtmäßigen Anspruch auf den sportlichen Titel des deutschen Meisters im Halbschwergewicht, sondern auch – und mit ihm viele „nicht-arische" Sportler – sein Leben.

Erst im Jahr 2004 wurde Trollmann posthum der Titel des Deutschen Meisters im Halbschwergewicht vom Berufsverband Deutscher Boxer wieder zuerkannt, seine Heimatstadt Hannover benannte bisher nur einen Fußgängerweg nach ihm. Mit der Skulptur 9841 soll das Schicksal Trollmanns wieder in den öffentlichen Fokus gerückt werden.

Zur Ausstellung erscheint ein Katalog (Dr. Tanja Vonseelen/ Hrsg.) mit Textbeiträgen von Dr. Silvio Peritore, Dr. Roger Repplinger und Sophia Schmitz.

Katalog Online Download unter http://trollmann.info/de/download/

HELLERAU – EUROPÄISCHES ZENTRUM DER KÜNSTE DRESDEN
Karl-Liebknecht-Strasse 56, 01109 Dresden *http://www.nurr.net/* ■

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: Jörg Detjen
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg, NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: Holger Deilke, U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse": J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,50 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN - Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB DIE LINKE); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg – Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; Angelo Lucifero; Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

Islamphobie

Junge Freiheit Nr. 40/12 vom 28.9.2012

Mit dem kriegerischen Bild eines „Kampf an allen Fronten“ betitelt das Blatt die Bemühungen islamischer Religionsgemeinschaften auf gesellschaftliche Anerkennung. Diese Gemeinschaften beschafften sich mehr und mehr „Sonderrechte“. Zu diesen Sonderrechten zählt das Blatt Errungenschaften, die die christlichen und inzwischen auch die jüdischen Religionsgemeinschaften seit geraumer Zeit haben: spezifischer Religionsunterricht an öffentlichen Schulen z.B., der mit diesem Schuljahr erstmalig in Nordrhein-Westfalen auch für muslimische Schülerinnen und Schüler veranstaltet wird; die Anerkennung religiöser Feiertage, die das Bundesland Hamburg jüngst beschlossen hat; der Bau und der Betrieb von Moscheen; die Berücksichtigung der Ernährungsgewohnheiten jüdischer und islamischer Kinder in der Kindergartenverpflegung und in Schulkantinen. Alles das sind durchaus zivile Vorgänge, die mit Krieg aber auch gar nichts zu tun haben. Solange christliche Kirchen den Anspruch auf Religionsunterricht an öffentlichen Schulen erheben, solange muss dies auch anderen Religionsgemeinschaften zugestanden werden. Religiös oder weltanschaulich begründete Ernährungsweisen gibt es viele – die einen meiden Schweinefleisch, die anderen meiden jedes Fleisch. Das vegetarische Gericht gehört heute zum Standardangebot jeder Kantine. Es sind keinesfalls Sonderrechte, die islamische Gemeinschaften in Anspruch nehmen, es werden ihnen nur die Rechte gegeben, die andere Religionsgemeinschaften schon längst haben.

Für die Rettung des Verfassungsschutzes – am besten unkontrolliert

Junge Freiheit Nr. 41/2012 vom 5.10.2012

Die NSU-Morde haben den bundesdeutschen Verfassungsschutz und die entsprechenden Länderbehörden erneut in Verruf gebracht. Bis weit in die bürgerliche Öffentlichkeit hinein wird über seine Auflösung diskutiert, die FAZ veröffentlichte zwei Aufsätze mit dieser Forderung, aus Reihen der Grünen und der Linken wird die Forderung erneut erhoben. Das wiederum ist unvorstellbar für das Blatt. Im Gegenteil: das Hauptübel für den Verfassungsschutz sei, dass sich die Politik mit ihm befasse: „Der größte Schaden entstand dem Verfassungsschutz jedoch nicht aufgrund seiner multiplen selbstverursachten Gebrechen, sondern infolge all der Eingriffe beziehungsweise Vorgaben von seiten der Politik, welche man mit Fug und Recht als Kastration bezeichnen kann. Das beginnt schon mit der Gängelung sämtlicher deutscher Nachrichtendienste durch das Parlamentarische Kontrollgremium und diverse Fachausschüsse des Bundestages sowie immer wieder gern eingesetzter Untersuchungsausschüsse. Auch normale Bundestagsabgeordnete haben ein Fragerecht in Geheimdienstbelangen …“ Dass ein vom Parlament und von sonst auch niemandem unkontrollierter Geheimdienst verfassungswidrig wäre, kommt dem Blatt nicht in den Sinn. Es setzt darauf, dass der Geheimdienst vor allem gegen aus seiner Sicht echten Feinde der Verfassung agieren kann und agieren muss – gegen alles, was links, antifaschistisch oder interkulturell aussieht.

Zum 1000. Mal

Junge Freiheit Nr. 42/2012 vom 12.10.2012

Die 1000. Ausgabe erscheint mit der Mitteilung, das Blatt werde in Zukunft noch unkorrekter sein – gekrönt von einer politisch korrekten Batman-Abbildung. Es veröffentlicht ein Manifest von zehn Punkten „Was sich ändern muss“, ein Sammelsurium von rechtsnationalistischen Vorstellungen und Lügen. Darunter ist die Behauptung, die Armee dürfe „nur im nationalen Interesse eingesetzt“ werden, was jede internationale Einbindung der Bundesrepublik abschaffen soll, der Ruf nach Sicherheitskräften erschallt, „die Gesetz und Ordnung ohne Ansehen der Person und der Gesinnung durchsetzen“, statt wegzusehen „während extremistische Bürgerkriegsarmeen zum Faustrecht greifen und Scharia-Gläubige sich einen Staat im Staate mit eigenen Gesetzen schaffen.“ Damit sind nicht die Mörderbanden der NSU gemeint und auch nicht die katholische Kirche, die über Jahrzehnte die Strafverfolgung der Vergewaltigung von Kindern und Jugendlichen mit eigener Gerichtsbarkeit verhinderte. Ein weiterer Manifestpunkt: „Die Familie muss staatsfreier Raum sein.“ Und damit ist der ungebremsten elterlichen Gewalt und der Gewalt in der Ehe wieder Tür und Tor geöffnet. Und selbstverständlich soll das ständische Schulsystem, dass die Bundesrepublik aus dem preußischen 19. Jahrhundert geerbt hat, das beste sein, das es gibt – ungeachtet aller Erfolge, die andere, viel weniger differenzierte Ganztagsschulen in anderen Ländern haben.

Richard von Weizsäcker im Visier

Junge Freiheit Nr. 42/2012 vom 12.10. 2012

Der langjährige Autor und Redakteur des Blattes, Thorsten Hinz, hat ein Buch zum „Weizsäcker Komplex“ veröffentlicht, in dem er „politische Archäologie“ betreibt. Nun schimmert die Liebe des Blattes zur Aristrokratie ab und an durch die Artikel, bei der Familie Weizsäcker kommt Hinz dann zum Schluss, dass der politische Inhalt der Rede Richard von Weizsäckers am 8. Mai 1985 im Bundestag eigentlich familiäre Gründe gehabt haben muss. Weizsäcker hatte in dieser Rede eindeutig erklärt, der 8. Mai 1945 sei „Tag der Befreiung vom menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft“ und nicht etwa Tag der Niederlage oder Tag der Okkupation durch die westlichen Alliierten. Und von Weizsäcker schließt aus, dass der Nationalsozialismus und seine Verbrechen in den Tiefen der Geschichte verschlossen werden soll: „Wir alle, ob schuldig oder nicht, ob alt oder jung, müssen die Vergangenheit annehmen. Wir alle sind von ihren Folgen betroffen und für sie in Haftung genommen.“ Diese Bewertung kann aus Sicht von Thorsten Hinz nur als Versuch Weizsäckers gewertet werden, die Verstrickung seine Vaters in die Nazi-Herrschaft allen anzulasten: „Der Sohn … belehrt nun das Staatsvolk darüber, dass es sich faktisch im Zustand einer geschichtlichen Erbsünde befindet.“ Und so sei von Weizsäcker mitverantwortlich für die Tatsache, dass die Verbrechen des Nationalsozialismus in der Bundesrepublik noch immer bekannt gemacht werden, dass rechtsextreme Vorstellungen und rassistische Verfolgung Widerstand und Protest hervorrufen. *uld* ■